

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto Dresden 1539
Stadtwache Riesa Nr. 52

Nr. 197.

Donnerstag, 24. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 2,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 6.— Mark; gezeigter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachdruckungs- und Verfallsgebühren 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Auf Blatt 862 des Handelsregisters, Elektrizitätswerke-Betriebs-Aktiengesellschaft in Riesa b. r., ist heute eingetragen worden: Auf Grund der ihm in der Generalversammlung vom 22. November 1921 erteilten Ermächtigung hat der Aufsichtsrat die Fassung des Gesellschaftsvertrages vom 9. April und 29. Mai 1900 gemäß den bisherigen Abänderungsbefehlen am 28. Juni 1922 neu festgesetzt, laut Notariatsprotokoll von demselben Tage.

§ 13 des Gesellschaftsvertrages ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1922 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage neu gefaßt worden. Amtsgericht Riesa, den 22. August 1922.

Auf Blatt 137 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma August Schneider in Riesa b. r., ist heute eingetragen worden: Der Mitinhaber Reinhold Moritz Gasküh ist durch Tod ausgeschieden. Der Kaufmann Carl Otto Moritz Gasküh in Riesa ist in die Gesellschaft eingetreten. Er ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Amtsgericht Riesa, den 22. August 1922.

Den von den städtischen Kollegien beschlossenen XIV. Nachtrag zur Ordnung für den städtischen Schlachthof zu Riesa vom 29. Juli 1909 und der dieser angefügten Gebühren-Ordnung geben wir hiermit bekannt. Riesa, am 16. August 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

XIV. Nachtrag zur Ordnung für den städtischen Schlachthof zu Riesa und der dieser angefügten Gebühren-Ordnung vom 29. Juli 1909.

Die im XIII. Nachtrag festgesetzten Gebühren, und zwar unter I. Schlacht- und Beschaugebühren für die auf dem Schlachthofe geschlachteten Tiere

und unter III. Wiegegebühren, soweit letztere lebendes Vieh betreffen, und die Gebühren unter V. Stallgelb, X. Einlaßgebühr und XI. Zutrittsgebühren

werden um 200 % erhöht. Die im XII. Nachtrag festgesetzten Gebühren und zwar unter VIII. Rühlhausgebühren

werden um 500 % erhöht.

Dieser Nachtrag tritt am 1. August 1922 in Kraft. Riesa, am 28. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Die Stadtverordneten.

Gutacker, (L. S.) Stadtrat und stellv. Bürgermeister.

(L. S.) Vorsteher.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 23. August 1922.

Präsident Fräßdorf eröffnet die Sitzung nach 2 Uhr. Am Ministerisch: Buch, Geld, Fiskus und Fleischer. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Vorlage über ein

Vollstreckung auf Auflösung des Landtages

und die erste Beratung über den Antrag Art und Genossen auf Abänderung der Verfassung dahingehend, daß der Landtag in Zukunft über den Fall seiner Auflösung hinaus tagt bis zur Neuwahl, daß also eine beschränkte Auflösung stattdessen soll.

Präsident Fräßdorf teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß er die Vorlage und den Antrag in gemeinsamer Beratung verhandeln lassen wolle, daß heute also die Vorlage nur in erster Beratung behandelt werden dürfe.

Abgeordneter Wähler (Deutsche Volkspartei) erklärte zur Geschäftsordnung, beide Sachen könnten und müßten gemeinsam behandelt werden. Die Vorlage sei nur eine bloße Mitteilung, daß mehr als 800 000 Wahlberechtigte das Volksbegehren auf Landtagsauflösung gestellt haben, und daß der Landtag nun zu entscheiden hat, ob er dem entsprechen will. Eine Verweisung an den Ausschuss hätte beim Volksbegehren überhaupt keinen Sinn und stelle nur einen Verschleppungsversuch dar.

Präsident Fräßdorf widerspricht dem. Die Frage müsse nach den Bestimmungen der Verfassung entschieden, und nach der Geschäftsordnung behandelt werden.

Ministerpräsident Buch schließt sich dem Standpunkt des Präsidenten Fräßdorf an.

Nach einem nochmaligen Protest des Abgeordneten Wähler findet eine Abstimmung zur Feststellung der Meinung des Hauses statt, bei der die drei Linksparteien für eine gemeinsame Beratung der Vorlage und des Antrages stimmen.

Abg. Winkler (Soz.): Die Regierung kann das Parlament in unseren kritischen Tagen nicht entbehren. Eine parlamentarische Zeit muß vermieden werden. Die Not des Volkes gebietet dies unabweisbar, eines Volkes, das mehr denn je unter der maßlosen Teuerung zu leiden hat. Wir müssen im Interesse des Volkes zwei Aufgaben erfüllen: der Regierung ein arbeitsfähiges Parlament zu erhalten, dann aber dem Ausgange des Volksbegehrens Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. Wagner (Nat. Vp.): Der Landtag hat hier nach der Verfassung weiter nichts zu entscheiden, als das, ob er dem Volksbegehren entsprechen will oder nicht. Heute verlangt die Regierung, daß die Frage der Landtagsauflösung an einen Ausschuss zur Beratung verwiesen werden soll. Sie will dadurch der Sozialdemokratischen Partei, von der sie weiß, daß sie keine Mehrheit im Landtag finden wird, zu Hilfe kommen. Demselben Zweck dient auch der Antrag Art. Die Verfassungsänderung durch den Antrag Art ist schon im Interesse der Verfassung der Verfassung war man sich allgemein darüber klar, daß die Regierung auch einmal eine kurze Zeit ohne Parlament auskommen könne.

Ein Antrag der Kommunisten auf sofortige Schlußberatung der Vorlage 153 scheitert am Widerspruch der Sozialdemokraten.

Abg. Stewert (Komm.): Das, was wir jetzt erleben, ist die bürgerliche Politik, die seit 1919 in Deutschland getrieben worden ist. Das ganze Land, was das deutsche Volk jetzt durchmachen muß, ist durch die deutschen Kapitalisten, Schwäber und Wucherer verschuldet; an der ungeheuren Wertentwertung ist in der Hauptsache die deutsche Industrie selbst durch ihre wucherischen Devisengeschäfte schuld. (Die Fraktion der Deutschen Volkspartei und die Deutschnationalen verlassen geschlossen den Saal und auch aus den anderen Parteien gehen mehr und mehr Mitglieder hinaus.) Auch die wilden Streiks werden nur durch die ungeheure Not hervorgerufen. Die Situation, die Rosa Luxemburg bereits vorausgesehen hat, ist heute da: Wert und Scheidemann haben ausgespielt. Wir sind der Ansicht, daß heute aber auch der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die bürgerlichen Parteien bereit auf Hauptgeschlagen werden können, daß sie das Aufstehen verweigern. Die sozialdemokratischen Parteien fürchten die Auflösung des Landtages, weil sie die Arbeiter fürchten müssen. Denn diese haben lange erkannt, daß diese Parteien den bürgerlichen Disziplin gegeben haben. Nur die Angst der Sozialdemokratie vor den Neuwahlen hat den Antrag Art

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1972 Mark.

gehören. Ich habe für die kommunistische Fraktion zu erklären: Jede Handlung der sozialistischen Regierung war ein Versuch, die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum auszugleichen. Weiter ist diese Regierung an die Erfüllungspolitik des Volkes gebunden, die doch nur eine Verelendung des Volkes bringt. Wir wissen ganz genau, daß die Krise, in der die sächsische Regierung sich jetzt befindet, nicht durch parlamentarische Kniffe gelöst werden kann; deswegen fordern wir die Auflösung des Landtages und lehnen auch den Antrag Art ab.

Abg. Schirch (L. Soz.): Wir sind für Ausschussberatung, da wir nicht die Auffassung teilen, daß der Landtag heute zu entscheiden hat, ob er sich auflösen will oder nicht. Der Redner wendet sich dann ausschließlich gegen den Vordrucker und gegen den Abg. Schirch (Komm.), der ihn immer wieder unterbricht und vom Präsidenten ermahnt wird, dies zu unterlassen. Die Kommunisten, so erklärt der Präsident, zeigen durch ihr Verhalten, daß sie für die parlamentarische Beteiligung noch nicht reif sind. Wenn jetzt Abg. Stewert gesagt habe, die Sozialdemokratie sei nur deshalb gegen sofortige Auflösung, weil der Ruhhandel mit den Bürgerlichen noch nicht fertig sei, so sei dies ebenso abwegig wie die Behauptung, die Sozialdemokraten hätten Angst vor Neuwahlen.

Abg. Wähler (D. Vp.): Wähler sollten besser außerhalb des Hauses gehalten werden. Wenn Abg. Stewert sagt, die Schuld an der Geldentwertung liege auf deutscher Seite, dann weiß ich nur einen, der sich darüber freuen wird, das ist Voltaire. Nachdem es in Sachsen und in Deutschland nicht gelungen ist, die Zustände zu meistern, glauben die Kommunisten dann, daß sich die sächsische Wählerkraft gerade an die Herren halten sollte, die in Ruhland so ausgezeichnet die Karre verfahren haben? Die Abgeordneten Winkler und Schirch haben gesagt, sie seien für recht baldige Landtagsauflösung. Aber dann stimmen Sie doch für Auflösung. Sie wollen Zeit gewinnen, um Ihre Parteiluppe weiterziehen zu können. Die Scheu vor einer Landtagsauflösung ist unbegründet.

Abg. Dr. Seifert (Dem.): Die Regierung besteht nicht mehr zu Recht, denn sie hat keine Mehrheit hinter sich. Wenn die Frage nach sofortiger Auflösung nicht gestellt werden kann, werden wir gegen eine beschränkte Auflösung zwar gewisse Bedenken haben, uns aber im Ausschuss mit der Frage doch befassen. Die sozialdemokratischen Parteien wollen die Auflösung des Landtages nur hinauschieben, um noch einige wichtige Gesetze mit sozialistischem Geiste durchzubringen. Dem jetzigen unerträglichen Zustand muß mit aller Energie ein Ende bereitet werden.

Abg. Oehlein (L.): Man kann gegen eine Landtagslose Zeit große Bedenken haben, zumal heute andere Verhältnisse vorliegen, als die waren, unter denen die Verfassung geschaffen wurde. Nur unter gewissen Voraussetzungen wird man einer beschränkten Auflösung des Landtages zustimmen können; ablehnen wird man sie müssen, wenn noch Gesetze von politischer Tragweite verabschiedet werden sollen. Dieser Landtag ist reif, zum Ende zu kommen.

Abg. Winkler (Soz.): Wenn in diesem Hause Aufstand getrieben werden müßte, dann war es stets nur mit den Kommunisten notwendig. Aber wenn Sie (zu den Kommunisten) glauben, bei der nächsten Wahl das Bürgertum zertrümmern zu können, geben Sie damit nur einen Beweis von Ihrem engbegrenzten Gedankenkreis. An der sozialistischen Regierung haben Sie kein gutes Haar gelassen, aber warum haben Sie dann unsere Politik unterstützt? Durch Ihre wankelmütige Politik haben Sie unsere Arbeit meistens sabotiert und Sie waren nur an dem Tage vernünftig, wo Sie dem Etat zustimmten. Wir sind der Überzeugung, daß die Neuwahlen beweisen werden, daß die Linke sich auf die weitaus größere Volksmehrheit stützen kann; dann aber werden wir die Gesetze nachholen, die Sie bis jetzt verhindert haben.

Die Vorlage 153 und der Antrag Art werden dem Rechtsausschuss überwiesen.

Die nächste Sitzung, in der der Rechtsausschuss seinen Bericht erstatten wird, wird Anfang September stattfinden.

Zu dem gestrigen Beschluß des Landtages schreibt der „Dresdn. Anz.“ in einem „Ausweg“ überschriebenen Artikel unter anderem:

Was war an der bayerischen Krise so außerordentlich bedenklich? Daß sie mitten in die Zeit fiel, in der sich die Bank Volcaires hart auf den Nacken des deutschen Volkes

legte. Wochen, in denen sich die gesammelte Kraft des von feindlicher Nachgiebigkeit auf den Boden gedrückten Volkes erhoben muß, um das wirtschaftliche Joch einzermachen zu lockern, sind keine Wochen für innerpolitische Kämpfe. Darum darf man es begrüßen, daß der Sächsische Landtag am Mittwoch einen Ausweg gefunden hat, der für die aller-nächste Zeit Gefahren vermeiden läßt, nur wäre es, scheint uns, richtiger gewesen, aus den oben genannten Gründen eine Vertagung des Beschlusses über die Landtagsauflösung herbeizuführen, als mit dem Vorschlag einer gewissen Ergänzung der sächsischen Verfassung, die schließlich auf deren Änderung in einem kleinen Punkte hinausläuft, Bescheid zu treten.

Es war nun eigenartig, zu hören, wie namentlich die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien, die Abgeordneten Winkler und Schirch, wiederholt voll Meinbar feierliche Erklärungen erteilten, daß sie eine Neuwahl nicht zu scheuen hätten. Auch die Sozialdemokratie wird erkennen, daß zwischen solchen Erklärungen und dem tatsächlichen Vorgehen der beiden Parteien ein Widerspruch lag, der sich nur dahin wird auflösen lassen können, daß man die Erklärungen als nicht so ganz fest und echt hinnimmt.

Es ist nämlich wahr, daß Neuwahlen eine gesicherte sozialdemokratische Mehrheit bringen werden, so habe es doch gar keine bessere Gewähr für die Durchführung der Gesetze, als die die Sozialdemokratie so außerordentlich Wert legt, auf die Neuwahlen sich zu verlassen, und dem erneuerten und nach sozialdemokratischen Voraussetzungen verbesserten Landtage die vorgezeichneten Gesetze anzuvertrauen. Also es kommt auf Gesetze an, die die Sozialdemokratie für lebensnotwendig hält. Sie zu sichern, soll der Antrag Art dienen, durch den in die Verfassung eine beschränkte Auflösung hineingearbeitet werden soll, das heißt eine Landtagsauflösung, bei der die Neuwahlen so zeitig vorzunehmen wären, daß der neue Landtag am Tage nach der für den alten Landtag von vornherein festgesetzten Auflösungsfrist zusammentreten könnte. Inzwischen hätte der alte Landtag der Regierung die verfassungsmäßige Sicherung ihrer Arbeit zu leisten und könnte selbst bis zu seinem Auflösungsstages geschäftsbereit weiter tätig sein.

Nun hat die Sache aber doch eine Schattenseite. Will man keine landtagslose Zeit — und der Sinn der Verfassung scheint eine solche nicht zu wollen —, so hätte die beschränkte Auflösung doch zwei Nachteile: Erstens würde die Möglichkeit geschäftsbereitiger Arbeit während der Hitze eines Wahltampfes, und zweitens die Möglichkeit der Durchführung von Gesetzen, die die Stimmung des Volkes selbst und damit die Mehrheit des neuen Landtages ablehnt. Im Augenblick mag die Sozialdemokratie Wert darauf legen, ihre Blide vor diesen Bedenklichkeiten zu verstellen, weil sie die Gesetze will, die der sterbende Landtag herausbringen soll. Aber wenn sie sich ein wenig aus den Bindungen der Gegenwart befreit und auf das große Ganze blickt, dann wird auch sie ausgehen müssen, daß ein solcher Zustand unhaltbar wäre.

Es kommt nun ganz auf die Kommunisten an, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Auffallen müßte es allerdings, daß der Landtag, obgleich seine Mehrheit erklärtermaßen für die sofortige Auflösung war, die Überweisung der Regierungsvorlage, die allein schon formal als Vorlage betrachtet wurde, an einen Ausschuss über sich ergehen ließ. Vielleicht deutet dieser Vorgang auf ein unter der Hülle parlamentarischer Arbeit lebendiges Verständnis für die Gedanken, die wir eingangs erörtert haben. Jedenfalls hat der Ausweg eine Vertagung der Entscheidung im Gefolge gehabt, und es ist möglich, mindestens aber von Herzen zu wünschen, daß sich inzwischen die Wäcker der Erregung ein wenig glätten, daß wir in unseren außenpolitischen Beziehungen doch vielleicht den Weg zu einer ferneren ausdauernden Klärung finden, und daß wir vor allen Dingen in unseren vier Reichswänden Kraft gewinnen, das Nötige zur Abwendung des unerträglichen wirtschaftlichen Druckes der Teuerung zu tun, wohl wissend, daß ihre Überwindung nicht in unseren Kräften liegt.

Dertliches und Sächsisches.

Riesa, den 24. August 1922.

Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugangen betreffend den Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungs-Anstalt für 1922, ferner ein Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über die Minderung des Dienstvertrages sowie ein Entwurf über die Minderung des

Gesetzes über die Unfallversicherung an Weibes-Franken.

Dreier Diebstahl. Am 23. 8. 22, nachm. gegen 7/8 Uhr, sind einem Schlossergewerbeten und einem Arbeiter in ihrem unverschlossenen gemeinsamen Zimmer, das im 2. Stockwerke des Hausgrundstückes, hier, Bahndorfer 15 (Sieberts Gastwirtschaft), gelegen ist, ein Paar schwarze Halbschuhe, Größe 42, linker Schuh auf der Sohle mit aufgesticktem Lederstück versehen, und Gummiablässe, Wert 1000 Mark; ein Paar schwarze hohe Schürhübe, Größe 48, an einem Schuh die Sohle durchlaufen, Wert 500 Mark und ein Paar dunkelbraune Halbschuhe, Größe 42, linker Schuh außen, in der Nähe der Kappe, sichtbarer Schweißfleck, Gummiablässe stark abgenutzt, Wert 400 Mark, gestohlen worden. Verdacht, die Tat verübt zu haben, besteht gegen eine unbekannte Mannesperson, die etwa 20 Jahre alt, 1,70 Meter groß, von kräftiger Statur und mit dunkelgelbem Wadenstrümpfen bekleidet gewesen ist. Ein Beklebener hat in dem Zimmer im Bett gelegen und ist aus dem Schlafe erwacht, als die beschriebene Mannesperson die Kleiderkammer geöffnet hat. Der Täter hat beim Erwachen des Beklebener die Flucht ergriffen und ist nach dem Verlassen des bezeichneten Grundstückes in der Richtung nach dem diesigen Arbeitsnachweis fortgewandert. Er ist mit aufgestickten großen Schuhen bekleidet gewesen, die stark mit Schmutz behaftet gewesen sind. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der diesigen Kriminal-Polizei zur Kenntnis bringen.

Diebstahl. In letzter Zeit sind von dem Hausgrundstück, hier, Hauptstraße 18 von den Kellerfenstern zwei Schuhschäfte mit Polstrahlen gestohlen worden. Sachdienliche Beobachtungen, die zur Ermittlung des Täters führen können, wolle man bei der diesigen Polizei melden.

Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung. 13. bis 20. August 1922. Die allgemeine Beurteilung des Arbeitsmarktes macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt erheblich bemerkbar. Wenn auch die Zahl der Arbeitsuchenden nur in geringem Maße gestiegen ist, so ist doch ein Stöden der Nachfrage an vielen Stellen eingetreten. In erster Linie wurde davon der Markt für ungelernete Arbeitskräfte betroffen. In der Landwirtschaft hat teilweise der Bedarf an Arbeitskräften für die Erntearbeiten unter dem Einfluss der ungünstigen Witterung nachgelassen. Im übrigen aber besteht lebhaftere Nachfrage nach geübten Arbeitskräften aller Art. Die Metallindustrie ist nach wie vor für Facharbeitskräfte der verschiedensten Art aufnahmefähig. Sowohl Dresden als auch Chemnitz berichten jedoch von einem geringen Rückgang des Bedarfes und der Vermittlungen. In der Textilindustrie war eine gewisse Zurückhaltung in der Bedarfsmeldung zu beobachten. Zum Teil wird mit bevorstehenden Betriebs-einsparungen gerechnet. Aus der Handweb-, Trikotagen- und Wirkwarenindustrie wird weiterhin Nachfrage nach geübten Facharbeitskräften gemeldet. In der Plauerer Stickerei- und Spitzenfabrikation ist ein Stillstand der Nachfrage zu beobachten. In der Wäschekonfektion besteht großer Mangel an geübten Wäscherinnen und Wäschebesserinnen für Feinarbeit und Monogrammschneiderei. Aus der Kartonnagenindustrie wird Bedarf an männlichen und weiblichen Arbeitskräften gemeldet. Im Sattler- und Tapezierergewerbe war die Nachfrage befriedigend. Im Holz- und Schnitzholzwesen ist der Bedarf an Facharbeitern unverändert stark geblieben. Teilweise kann der Bedarf an Tischlern nicht gedeckt werden. Im Nahrungsmittelgewerbe hat sich das Angebot von Bäckern und Fleischern noch nicht erheblich verringert, namentlich die letzteren suchen mehr und mehr einen Übergang in andere Berufsgebiete. Im Bekleidungsgebiete bleibt eine lebhaftere Nachfrage nach geübten Schneiderinnen allgemein bestehend. Die Schuhindustrie verlangt Stepperrinnen, wogegen aus Leipzig ein Nachlassen der Nachfrage gemeldet wird. Das Schuhhandwerk zeigt im allgemeinen keine besondere Nachfrage. Der Mangel an jüngeren Arbeitergehilfen und Friseurinnen bleibt weiterhin allgemein bestehen. Im Baugewerbe hält sich unverändert eine starke Nachfrage nach Maurern und Zimmerern. Dagegen werden an vielen Stellen Mafsergehilfen und Maler gesucht. Im Verleibungsgebiete steigt das Angebot an Buchdruckern und Schriftsetzern. Im Handelsgebiete ist in der Arbeitsmarktlage keine Veränderung eingetreten. Jüngere Handlungsgehilfen, Stenotypistinnen und Stenotypisten und tüchtige Verkäuferinnen bleiben allgemein gesucht. Im Sekundärgewerbe wird von einem steigenden Angebot an männlichem Bedienungspersonal berichtet. Facharbeitskräfte für Küche und weibliches Dienstpersonal

bleiben dagegen nach wie vor allgemein gesucht. Der Bedarf an Handpersonal kann allerorts nicht ausreichend gedeckt werden. Für ältere ungelernete Arbeitskräfte sank an verschiedenen Stellen die Nachfrage nicht unbedeutend. Für jüngere ungelernete Arbeitskräfte besteht in einigen Großstädten nach wie vor eine starke Nachfrage. In der Arbeitsmarktlage der freien Berufe hat sich im allgemeinen keine Veränderung gezeigt. Stellenweise wird noch von einer weiteren Zunahme arbeitstuchender Musiker berichtet.

— Eine Zusammenstellung der im Weltkrieg Gefallenen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nach der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Zusammenstellung der im Weltkriege gefallenen Deutschen nach Alter und Familienstand.

— **50. Landesfeier zum 400jährigen Bibeljubiläum.** Der 17. September wird in allen deutschen evangelischen Landeskirchen zur Erinnerung an die Vollendung von Luther's Uebersetzung des Neuen Testaments vor 400 Jahren als kirchlicher Festtag gefeiert werden. Auch die sächsische Landeskirche wird sich daran beteiligen und das Landeskonfessionsrat hat soeben verordnet, daß in allen ev. luth. Kirchen Singsameln am 17. September Bibelstundendienste gehalten werden sollen. Bei den Gottesdiensten soll für die Bibelverbreitung gesammelt werden. Das Landeskonfessionsrat ordnet fernerhin an, daß als bleibender Ertrag des Bibelfestes möglichst in allen Gemeinden des Landes Bibel- und Bibelstundendienste eingeführt werden sollen.

— **Das Arbeitnehmerkammergesetz.** Das Arbeitsministerium veröffentlicht in Nr. 107 der Sächsischen Staatszeitung vom 24. August als besondere Beilage den Entwurf eines Arbeitnehmerkammergesetzes und seine Begründung. Nur in besonderen Fällen unterbreitet ein einzelnes Ministerium einen solchen Entwurf der Deckschicht, ehe das Gesamtministerium endgültig zu ihm Stellung genommen hat. Der vorliegende Entwurf besitzt aber eine besondere Bedeutung für die breiten Schichten des sächsischen Volkes, daß jedem, der an ihm Anteil nimmt, Gelegenheit gegeben werden soll, von ihm Kenntnis zu nehmen, ehe die entscheidenden Beschlüsse über die endgültige Ausgestaltung des Gesetzes gefaßt werden. Der Gesetzesentwurf ist gegen vorherige Einwendung von 250 Mark an die Buchdruckerei der Sächsischen Staatszeitung, H. G. Teubner, Dresden Altstadt 1, Gr. Zwingerstraße 16, zu beziehen. — Nach dem Entwurf werden innerhalb des Freistaates Sachsen eine Landesarbeitskammer und fünf Bezirksarbeitskammern errichtet, und zwar in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau. Die Landesarbeitskammer besteht aus 100, die Bezirksarbeitskammern aus je 60 nach Wohnorte eines besonderen Gesetzes von den Arbeitnehmern zu wählenden Mitgliedern. Die Kammern haben die Aufgabe, in den eine Gesamtheit der Arbeitnehmer betreffende Fragen arbeitsrechtlicher Art den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu dienen. Sie haben insbesondere über Gesetze, Verordnungen usw. vor deren Erlass Gutachten zu erstatten sowie Wünsche, Beschwerden und Anregungen an die Behörden zu richten. Die Kammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und unterstehen dem Aufsichtsrat des Arbeitsministeriums.

— **Erhöhung des Ausleihszuschlags für die sächsischen Staatsbeamten.** Das Finanzministerium, das Ministerium des Innern und das Kultusministerium geben in gemeinsamer Verordnung bekannt, daß der allgemeine Ausleihszuschlag zum Grundbesitz, zur Grundrentpflanzung und zum Ortsausleihszuschlag, zu den Kinderbeihilfen, zu den besonderen Zuschlägen nach Abschnitt 1 der Verordnung vom 10. April 1922, sowie zu den Besätzen nach den Ziffern 191, 192 und 193 der Besoldungsbestimmungen für die Zeit vom 1. August 1922 an 305 v. H. beträgt. Die hierzu für den Monat August zu leistenden Nachzahlungen sind sofort zu bewirken. Diese Vorschriften gelten auch für die Angestellten bei der sächsischen Staatsverwaltung (Behördenangestellten), die unter den Teilvertrag 1554 m I AF vom 13. August 1920 fallen. Der ihnen für August zuhebende Mehrbetrag ist zur Hälfte sofort, zur anderen Hälfte Ende August zu zahlen.

— **Sornia.** Privatgut Schumann aus Sornia wurde von einem beladenden Getreidewagen überfahren. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte. Der Arbeiter Bruno Busch aus Sornia, welcher mit großer Entschlossenheit und Weisheitsgegenwart die durchgehenden, führerlos gewordenen Pferde, um weiteres Unglück in der engen Dorfstraße zu verhüten, aufhalten wollte, wurde von

einem Rade erfasst und gleichfalls überfahren. Er erlitt Querschnitte an der Hüfte und am Becken.

— **Witten.** Der Bezirksausschuß des Amtsbanntmannschaft Witten hat die Errichtung eines Kinderheims im Weidenfeld zu Witten beschlossen. Das Heim soll etwa 40 Kindern Raum bieten. Die Einrichtungsarbeiten werden mit etwa 200000 M. berechnet. Die Wass- und Badeeinrichtung würde etwa 80000 M. Kosten verursachen. Der Bezirksausschuß bewilligte zunächst ein Berechnungsgeld von 800000 Mark.

— **Zittau.** Das 25jährige Dienstjubiläum konnte am 20. August Oberbürgermeister Dr. Killa begehen. Am gleichen Tage waren 10 Jahre vergangen, daß er an die Spitze der Verwaltung der Stadt Zittau getreten ist, in deren Diensten er bekanntlich früher schon gestanden hatte.

— **Bad Schandau.** Am Sonnabendnachmittag veranstaltete ein großer Trupp Arbeiter eine Demonstration gegen den Ausverkauf unserer Stadt durch Fremde. Die Unternehmung der Geschäfte beschränkte sich darauf, anwesenden sächsischen Käufern die hier erkrankenden Gebrauchsgüter abzunehmen, beziehentlich die Verzögerung der Waren und die Stilllegung der Käufer zu veranlassen. Mehrere Geschäfte wurden teils mit, teils ohne Erfolg aufgesucht. Auf dem Bahnhof wurde die Kontrolle der Abreisenden ebenfalls durch die Arbeiterkraft lebhaft unterstützt. Dort wurden viele Gegenstände, die den Weg ins Ausland mit ansetzen sollten, beschlagnahmt. — Die militärische Übung, die dieser Tage in der sächsischen Schweiz abgehalten wurde, hatte viele Schaulustige herbeigelockt. Die Hauptgefechtstätigkeit entfaltete sich am Montagnachmittag auf der bewaldeten Hochebene zwischen den Hauen- und Bärenkeinen, worauf dann die Mannschaften auf den Fluren am Bärenkeim bivallierten.

— **Bwickau.** Im benachbarten Oberhöfendorf wurde eine Gutbesitzerin wegen Mißhandlung zu 5000 M. Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis verurteilt.

— **Chemnitz.** Am Sonntag fand hier eine sehr stark besuchte Versammlung des Bezirksvereins im Verein deutscher Freimaurer statt, der eine öffentliche Morgenfeier mit musikalischen Darbietungen und einem Vortrag des als Verfasser wertvoller freimaurerischer Werke bekannten Professors Wagner (Radeberg) über die Freimaurerei und das deutsche Herz voranschickte. Nach einem Mittagsmahle im Gebäude der Loge Nr. 100 wurde zum sächsischen Bundesfeste daselbst auch die unter Leitung von Oberpostinspektor Dertel (Chemnitz) geführten Verhandlungen statt. — Auf eine Anfrage teilte Bürgermeister-Stellvertreter Stadtrat Jacob mit, daß bei einer von der Landespolizei durchgeführten Hausdurchsuchung bei den Angehörigen des diesigen, aus Gymnasialisten und Seminaristen bestehenden Deutschen Jugendbundes Waffen, Schießgeräte usw. gefunden worden seien, daß Schießübungen im Schützenheim abgehalten worden wären und daß die Angelegenheit von den Ministereien des Innern und des Kultus weiter untersucht würde.

— **Chemnitz.** Dem im Grundstück der Gaswerke 2 an der Schillerstraße beschäftigten 59 Jahre alten Handarbeiter Wenzel Kahl aus Kirchberg war während der Arbeit aus einer Retorte glühender Koks auf die Arme und Beine gefallen, wodurch seine Kleidung in Brand geraten war. Er ist sofort in ein in der Nähe stehendes Wasserloch gesprungen, um die Flammen zu löschen. Der Bauernsperre, der Brandwunden am ganzen Körper erlitt, fand Aufnahme in dem Stadtkrankenhaus an der Bischofauer Straße. Dort ist er in der Nacht zum Montag an den Verletzungen gestorben.

— **Schwarzenberg.** Das Söhnchen des Sägewerksbesitzers Vein fiel in den nahe bei der Brettsäge befindlichen tiefen Teich. Der Vater rettete es, wurde aber dabei von einem Herzschlage getroffen und sank in das Wasser zurück, aus dem er erst nach längerer Zeit tot geborgen werden konnte.

— **Doppeldorf.** Seltene Einquartierung hatte in der Nacht zum vorletzten Sonntag unter friedlicher Ort zu verzeichnen. Etwa 200 Störche kreisten am Freitag nachmittag über dem Ort, flogen bis nach Witzendorf und kehrten dann zurück, um sich auf den Daudbüchern und Schornsteinen, der Kirche usw. niederzulassen. Das gab überaus materielle Bilder. Am nächsten Morgen erhob sich auf einem Signalfeuer die ganze Schaar und flog weiter nach Süden, ihrem Winterquartier zu.

— **Leipzig.** Für die Dauer der bevorstehenden Herbstmustermesse ist die Polizeistunde von 1 auf 2 Uhr verlängert worden.

Der größte Entdecker im Reich der Sterne.

(Zu William Herschels 100. Todestage, 25. August.)

An keinen anderen Namen knüpft sich eine so große Anzahl der wichtigsten astronomischen Entdeckungen als an den William Herschel. Dieser größte Entdecker im Reich der Sterne, dessen 100. Todestag am 25. August begangen wird, war durch eine glückliche Begabung und durch die von ihm mitgeschaffene Hervorbringung der Fernrohre in den Stand gesetzt, das unermessliche Reich des Himmelsraumes zum ersten Mal in seinen Einzelheiten zu durchforschen. Herschel war ein geborener Deutscher; sein Vater war Musikus in Hannover, siedelte aber noch in Williams Knabenjahren nach England über, und in der neuen Heimat fand der junge Mann, der dem Beruf seines Vaters folgte, eine Stelle als Organist in einer kleinen Landstadt. Da ihm keine beschränkten Mittel nicht den Ankauf eines Fernrohrs gestatteten, unternahm er selbst in seinem unabweislichen Drange, die Sterne näher kennen zu lernen, Versuche im Glas- und Metallschleifen und brachte nach langen Mühen ein Instrument zustande, das seine Sehkräften erfüllte und ihm die Sterne näher brachte. Als er dann eine bessere Organistenstelle in Bath erhielt, konnte er mehr Mittel für seine astronomischen Studien aufwenden; bald war er am Himmel heimisch, baute sich ein größeres Fernrohr und entdeckte am 13. März 1781 einen neuen Stern, den er sofort als Planeten erkannte, dem der selbst nach dem englischen König den Namen „Georgs-Planet“ gab und der dann nach dem Vorschlag von Hobe den Namen Uranus erhalten hat. Noch nie hatte jemand eine ähnliche Entdeckung gemacht, und so war denn das riesige Aufsehen begründet, das die Nachricht erregte. König Georg III., selbst ein warmer Verehrer der Astronomie, nahm sich nun des genialen Organisten an, gewährte ihm ein Jahresgehalt von 300 Guineen und unterstützte ihn auf jede Weise. Damit hatte die große Laufbahn Herschels als Astronom begonnen, er ließ sich hier als Helferin seine 31jährige Schwester Karoline aus Hannover kommen und hat von da an ein ganzes Leben in unermüdlicher Arbeit der Erforschung der Sternennwelt gewidmet.

Herschel baute sich nun größere Fernrohre, die größten und besten, die überhaupt bis dahin je geschaffen wurden. Als das beste erwies sich das zwanzigfüßige, mit dem er die meisten Entdeckungen machte und das noch heute brauchbar ist, wenn natürlich unendlich weit überholt. Das größte der von ihm gebauten Fernrohre, das vierzigfüßige, erforderte eine besonders kunstvolle Aufstellung, um in allen Richtungen gebraucht werden zu können. An beiden Enden befand sich ein kleines bewegliches Haus, am oberen Ende für den Beobachter, am unteren, dem Spiegelseite für den Schieber, der zugleich die nötigen Handbewegungen für die Einstellung des Instruments ausführen mußte. Während Herschel am oberen Ende beobachtete, befand sich die treue Mitarbeiterin seines Lebens, seine Schwester Karoline, am

Spiegelseite und schrieb die ihr diktierten Feststellungen auf. Herschels Entdeckungen, die er in zahlreichen Abhandlungen niederlegte, sind für die Astronomie bahnbrechend gewesen. Er als erster stellte das Vorhandensein der Doppelsterne fest, und so unwahrscheinlich erschien diese Tatsache, daß sie von den Fachgenossen bis zu seinem Lebende angezweifelt und erst nach seinem Tode allgemein anerkannt wurde. Auch die Nebelstelle hatte vor ihm niemand am Himmel gesehen oder jedenfalls nicht richtig erkannt. Er beschrieb mehr als 2000 nach Größe, Gestalt, Lichtstärke und anderen Eigenschaften und verfiel die Anschauung, daß diese Nebelstelle Sternkomplexe seien, von denen jeder einzelne ein Weltssystem darstelle, wie es unser Fixsternhaufen mit der Milchstraße ist. Dadurch schuf er die Vorstellung von der Unendlichkeit des Kosmos. Außerdem untersuchte er sämtliche Planeten, wendete den Kometen, den Sonnenflecken seine besondere Aufmerksamkeit zu, bemerkte u. a., daß der Saturnring aus zwei Ringen besteht und fand noch vieles, was seitdem in den sichereren Besitz der Astronomie übergegangen ist. Da niemand sonst so wirksame Fernrohre wie Herschel besaß, so konnte auch niemand seine Entdeckungen nachprüfen; man mußte ihm aufs Wort glauben. Aber was er geschaut und beschrieben, hat sich zum größten Teil als richtig erwiesen. Bis ins hohe Alter blieb Herschel unermüdlich tätig; ein sanfter Tod nahm ihn im 84. Jahre hinweg, und er starb mit dem Bewußtsein, in seinem Sohn John Herschel einen würdigen Fortsetzer seiner Großtaten zu hinterlassen.

Hochzeitstag und Aberglaube.

Mit dem Hochzeitstage sind die mannigfachen abergläubigen Vorstellungen verknüpft, die aber fast bei jedem Volke andere Formen annehmen. — Das Mittelalter war die Blütezeit der Liebesstränge und Schwörungen, mit denen man das Glück an das junge Paar zu stellen hoffte. Für sehr wichtig hielt man auch die Begegnungen auf dem Brautzuge zur Kirche. Mönch und Priester rangierten da ebenso als Unglücksbringer wie Hund, Rabe und Eidechse. Als schlimmste Vorbedeutung galt eine Schlange. Hingegen galten Spinne und Arde als Glückbringer.

Ein tiefeingewurzelter Aberglaube spricht allen in der Fastenzeit oder an Festtagen geschlossenen Öfen die Glückseligkeit ab. Auch der Montag und Freitag sind unbesiegt, was bei letzterem eigentlich Wunder nehmen möchte, denn er ist ja der Freia, der nordischen Venus, geweiht. In Italien liebt man den Dienstag als Hochzeitstag nicht besonders.

Wenn es der Braut in den Kranz regnet, so bedeutet dies Segen — so heißt es bei uns. In England hat der Regen am Hochzeitstage entgegengelegte Bedeutung. „Regnet es am Hochzeitstage, so wird die Braut während ihrer ganzen Ehe weinen“ — so sagt man in England. Und

dort wie bei uns probiert keine Braut gern ihr Brautkleid vor dem Hochzeitstage an, und um keinen Preis schmückt sie sich vorher mit einem Kränzenkranz, und sei es auch nur zum Scherz.

Bei manchen Hochzeiten ist es noch jetzt Sitte, den Braut-schleier „auszutunzen“, und die Dame, die das erste Stück von dem zarten Gewebe erwirbt, fühlt sich sicher, die nächste Braut zu sein. „Es wird keine Hochzeit gemacht, es wird eine neue erdacht.“ Sehr gefährlich ist es hingegen für eine junge Dame, zum drittenmal als Brautjungfer zu fungieren — sie wird dann niemals selbst den Brautkranz tragen. Auch „wer Kränzen baut, wird niemals Braut“ gilt noch immer als Wahrheit. Und wenn ein junges Mädchen zum ersten Male zur Pate bei einer Taufe berufen wird, so macht es einen gewaltigen Unterschied, ob ihr erstes Patschen ein Knabe oder ein Mädchen ist; im letzteren Falle bleibt sie alte Jungfer. Möchte sie recht gern bald unter die Paube kommen, so muß sie sich ein Stückchen Hochzeits-tuchen unter das Kopftuch legen.

Während es bei uns als Glückssymbol gilt, wenn Braut und Bräutigam die gleichen Initialen haben, sagt man in England: „Den Namen wechseln, nicht aber den Buchstaben, ist eine Veränderung zum Schlechteren und nicht zum Besseren.“

In den ländlichen Bezirken Schwedens ist noch aus der heidnischen Zeit eine große Ehrfurcht vor Trollen und bösen Geistern, die man durch stark dufende Kräuter zu vertreiben hofft. Besonders anglich scheint der Bräutigam zu sein, denn er näht sich in sein Hochzeitsgewand Knoblauch oder Rosmarin. Und damit sich die Braut durch recht offensichtliche Wohlthaten von dem Uebelwollen böser Geister loskaufen kann, fällt sie sich vor dem Schreiten zur Kirche alle Taschen mit Brot und verteilte dies an alle Armen, denen sie unterwegs begegnet. Der erste Gang der jungen Eheleute nach der Heimkehr aus der Kirche gilt den Ställen und Scheunen, denn damit bringen sie ihrem Anwesen Segen; — was übrigens auch ohne Aberglauben zu treffen mag, denn „das Auge des Herrn macht die Rube fett“.

Der Kampf um die Herrschaft im neuen Haushalt beginnt schon in der Kirche. Vor dem Altar verläßt die Braut — ihre Absicht bei der heiligen Handlung wird dann allerdings nicht bedeutend sein — ihren rechten Fuß auf den Fuß des Bräutigams zu setzen, und beim Verlassen der Kirche muß sie ihm entschieden voraus sein, und sei's auch nur um ein halbes Schrittchen. Fällt der Trauring beim Ringewechsel an Boden, so ist dies ein sehr schlechtes Zeichen. Noch aus der Zeit, da das Weib durch den Mann erkaufte werden mußte, dattete ein in den angelsächsischen Stämmen noch heute verbreiteter Brauch: Der Brautvater übergibt dem Bräutigam seinen Schuh, und die demütige Braut hat einen lauten Schlag damit auf den Kopf entgegenzunehmen — der Sieger setzt seinen Fuß auf den Nacken der Verliererin.

Donnerstag. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich der bekannte Großoptiker Otto Stimm im Interesse des Städtewerks bereit finden lassen, sein Rittergut Bernsdorf der Gemeinde Bernsdorf für 15 000 000 Mark zu verkaufen. Das Gut nebst 400 Morgen Ländereien kostete im Frieden 80 000 Mark. Für Arbeiter wird in waldreicher, luftiger Gegend Wohnungsgelegenheit geschaffen werden.

Die Kartoffelverföhrung zum Winter.

Ob vielen Hausfrauen hat im vergangenen Winter die Veranschaffung von Kartoffeln schwere Sorgen gemacht. Insbesondere herrschte in den grohen Städtchen während des Eisenbahnverkehrs und in den Wochen darnach groher Mangel, weil es im vergangenen Herbst nicht möglich gewesen war, die erforderlichen Wintervorräte in genügender Menge zu den Hauptverbrauchsgebieten heranzuführen. Wie wissen, daß im vorigen Herbst die Hauptverföhrung nicht in der war nicht glänzenden oder doch ausreichenden Kartoffelernte lag, sondern in der technischen Unmöglichkeit, die Kartoffeltransporte rechtzeitig zu bewältigen. Ohne daß man heute schon Bestimmtes sagen kann, verpöcht doch die diesjährige Kartoffelernte einen zum Teil wesentlich günstigeren Ausfall als im vergangenen Jahre; dies läßt besonders für die Rheinprovinz und Westfalen ins Gewicht, wo im vorigen Jahre aus der betrölichen Erzeugung nur 5 Prozent des Kartoffelbedarfs gedeckt werden konnten. Der Antransport der übrigen 95 Prozent belastete deshalb die Eisenbahn besonders, weil er meist von Ostpreußen und Pomern her, also über außerordentlich lange Strecken, erfolgen mußte, wie ja die gesamte Bewegung der Kartoffeltransporte von Osten und Nordosten nach Mitteldeutschland und dem Westen zu geht. Für dieses Jahr rechnet man mit einer Eigenzeugung der Rheinprovinz von 15 Prozent, sodah nur 85 Prozent zugeführt zu werden brauchen. Der zu erwartende günstige Ernteausfall bedeutet also schon eine bedeutende Erleichterung der Kartoffelverföhrung.

Um darüber hinaus nicht schon den erforderlichen Kartoffeltransport im Herbst sicherzustellen, haben sich kürzlich in einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium Vertreter der beteiligten Ministerien, der Hamburger und Düsseldorf Konsumvereine, der Gewerkschaften und der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen über die notwendigen Maßnahmen geeinigt. Der Kartoffeltransport stellt an das Reichsverkehrsministerium außerordentliche Anforderungen. Die Vorräte der Bahn an Kohlen sind sehr gering; die Bahn wird im Herbst in größerem Umfang als im Vorjahre Kohlen beschaffen müssen, wenn nicht die Streiks auf den Wasserstraßen ausbleiben. Darum sind bereits jetzt die Eisenbahndirektionen angewiesen, auf den Verladebahnhöfen die Vorkarbeiten zu leisten durch Instandsetzung der Anfahrtswege und der Entladevorrichtungen. Die Herstellung von mechanischen Entladevorrichtungen, die von Erzeugern und Verbrauchern gefordert wurden, wird allerdings wegen der schlechten Finanzlage der Reichsverkehrsverwaltung nicht möglich sein. Die Kartoffelverföhrung soll im Herbst unter allen Umständen durchgeföhrt werden unter Zuhilfenahme aller übrigen Transporte. Eine Verkehrsperre während dieser Zeit hofft man vermeiden zu können. Sie wäre nur eine Maßnahme der äußersten Not. Denn zum Teil fällt ja auch durch die diesjährige späte Ernte die Ablieferung des Umlagegetreides zeitlich mit dem Kartoffeltransport zusammen; eine Verkehrsperre würde dann eine außerordentliche Verteuerung des freien Getreides bewirken. Eine gewisse Entlastung des Winterverkehrs im September und Oktober wird wohl auch die Erhöhung der Gütertariife am 1. September bringen.

Ein Teil der Verbrauchervertreter will nach Abschluß der Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft dem Reichsverkehrsminister einen Plan über die erforderlichen Kartoffeltransporte vorlegen. In ähnlicher Weise wird voraussichtlich auch der übrige Handel vorarbeiten. Im übrigen will das Reichsverkehrsministerium Maßnahmen gegen den wilden Handel treffen, die hessentlich diesmal im Sinne einer Verhinderung unregelmäßiger Preissteigerungen wirken werden. Wiehen die Ernteaussichten so wie bisher, werden die getroffenen Vereinbarungen von allen Seiten eingehalten und halten sich vor allem auch die Verbraucher von übermäßigen Ankäufen zurück, dann dürfte sich in diesem Jahre die Kartoffelverföhrung besser und glatter abwickeln als im Vorjahre.

Pflichten der Beamten und Lehrer.

Die sächsische Regierung hat dem Landtage einen Gesetzentwurf über Pflichten der Beamten und Lehrer und über Änderungen des Dienststrafrechtes (siehe auch unter „Zert. und Säch.“ in vorl. Nr.) vorgelegt, der zur Ergänzung der Reichsgesetze zum Schutze der Republik bestimmt ist. § 1 lautet:

Der Staatsbeamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsform einzutreten.

Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinbaren ist. Insbesondere ist ihm untersagt:

- sein Amt oder die ihm kraft seiner amtlichen Stellung ausübenden Einwirkungen für Bestrebungen zur Veränderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu gebrauchen;
- bei seiner Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, die Reichsflagge oder über die verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches, des Freistaates Sachsen oder eines anderen deutschen Landes Äußerungen zu tun, die geeignet sind, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen;
- bei seiner Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung auf die ihm unterstellten oder anzuweisenden Beamten, Angestellten, Arbeiter, Bediensteten, Schüler oder auf andere seiner Obhut anvertraute Personen im Sinne einer Herabsetzung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches, des Freistaates Sachsen oder eines anderen deutschen Landes einzuwirken;
- Handlungen nach Unterabfat a, b oder c bei dienstlich unterstellten Personen, sofern sie im Dienste begangen werden, zu dulden.

Dem Staatsbeamten ist weiterhin untersagt, in der Öffentlichkeit gehässig oder anfeindend die Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik oder gegen Mitglieder der im Amte befindlichen Regierungen des Reiches, des Freistaates Sachsen oder eines anderen deutschen Landes gerichtet sind.

Weitere Verpflichtungen, die sich für den Staatsbeamten innerhalb oder außerhalb seines Amtes über die vorstehenden Bestimmungen hinaus aus dem ihm übertragenen Amte oder den Umständen des Falles nach den allgemeinen Vorschriften über die Pflichten der Staatsbeamten ergeben, bleiben unberöhrt.

Die weiteren Paragraphen enthalten zunächst Abänderungen des Justizministergesetzes vom 7. März 1888. Der nach § 7 dieses Gesetzes zu leistende Staatsdienereid wird auch auf die Reichsverfassung ausgedehnt. Wird die Eidesleistung verweigert, so ist die Ernennung des Beamten in seinem Rechtsverhältnis zum Staate nichtig. U. a. beinhalten die Abänderungen auch auf die Disziplinär-

kommissionen. Die Mitglieder der Disziplinärkommission und des Disziplinärhofes ernannt das Gesamtministerium auf die Dauer von drei Jahren. Die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder des Disziplinärhofes soll am 30. September 1922 enden. Die erste Ernennung nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes soll bis Ende des Jahres 1925 Wirkung haben.

Der § 8 des Entwurfes lautet: Im Interesse der Verfassungsmäßigkeit der republikanischen Staatsform können nichtrichterliche Staatsbeamte, deren Beföhrung mindestens derjenigen der Gruppe 12 der Beföhrungsordnung entspricht und die entweder sich in leitender Stellung oder in der Stellung von Stellvertretern leitender Beamten befinden oder politische Entscheidungen zu treffen haben oder mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind, jederzeit durch das vorsehende Ministerium mit Bewahrung des gesetzlichen Wartegeldes einwilligen in den Ruhestand versetzt werden.

Verschiedene der Bestimmungen des Entwurfes gelten sinngemäß auch für die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen, Fortbildungs-(Beruf-)schulen, Landstummenshallen und an allen öffentlichen höheren Unterrichtsanstalten und für die Professoren und Beamten der Universität. Die Disziplinärkommission und der Disziplinärhof sind für Untersuchungen gegen sächsische Beamte durch je drei Mitglieder zu verfahren, die das Gesamtministerium auf die Dauer von drei Jahren aus dem Kreise der sächsischen Beamten ernannt. Bei den Entscheidungen müssen zwei dieser Mitglieder mitwirken.

Die politische Notwendigkeit des Gesetzes, so heißt es in der Begründung des Entwurfes, bedarf keiner besonderen Begründung, nachdem ein Gesetz gleichen Inhalts für die Reichsbeamten bereits erlassen worden ist. (Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922.) Der Entwurf schließt sich sachlich an das Reichsgesetz an und weicht in der Form nur ab, soweit dies durch die sächsische Gesetzgebung bedingt ist. Von einer Neuregelung der gesamten Gebiete mußte abgesehen werden, weil eine vollständige Neugestaltung des gesamten Beamtenrechtes einschließlich des Dienststrafrechtes durch das Reich bald zu erwarten ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. August 1922.

Stiftung eines Amerikaners.

X Berlin. Der amerikanische Senator James Cox hat nach einer Meldung des „Berliner Lokalanseher“ vor seiner Abreise von Berlin nach London eine Stiftung gemacht, die dazu dienen soll, zehn deutsche Kriegswaisen zu ernähren und zehn mittellosen deutschen Studenten das Studium zu ermöglichen.

Eine Konferenz in Rattowik.

X Rattowik. Unter dem Vorsitz des Wojewoden Rymer fand gestern vormittag im Welsken polnischer Regierungsvertreter eine Konferenz mit Vertretern der Industrie, der Kaufmannschaft und der Gewerbetreibenden, sowie der Gewerkschaft der Wojewodschaft Schlesien statt, um über Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Schicksale in Ostpreußen zu beraten. Der Direktor des berg- und hüttenmännischen Vereins forderte die Vereinfachung der hohen Einfuhrzölle für Rohmaterialien und Maschinenteile, sowie der 40%igen Rohlensteuer. Handelsminister Straßburger leitete die Vereinfachung der Rohlensteuer ab. Die Zollfrage wurde in Erwägung gezogen und die Sitzung am Nachmittag geschlossen.

Ein Raubmord in Rattowik.

X Rattowik. Auch gestern drang der Böbel, wenn er sich nicht beobachtet glaubte, in die Wohnungen der jüdischen Geschäftsleute ein, mißhandelte die Juden und erschlug und raubte, was ihm in die Hände fiel. Die Sicherheitsbehörde ist noch nicht völlig Herr der Lage.

Vom Wölferrund.

X Genf. Das Generalsekretariat des Wölferrundes hat allen Mitgliedsstaaten mitgeteilt, daß die Frage der Ausdehnung des Washingtoner Schiffsabkommens auf alle Mächte, die dies nicht unterzeichnet haben, auf die Tagesordnung der nächsten Wölferrundversammlung gesetzt wird. Die Versammlung hat sich daher im September darüber auszusprechen, ob die Grundzüge des Schiffsabkommens von Washington auch für diese Mächte Gültigkeit haben sollen, und welches die besten Mittel sind, um dazu zu gelangen.

Kongress mazedonischer Emigranten.

X Sofia. Aus Anlaß der 19. Jahresfeier der mazedonischen Erhebung hielten sechshundert von mazedonischen Emigranten aus allen Teilen Bulgariens einen Kongress ab, auf dem einstimmig die Einsetzung einer autonomen mazedonischen Regierung unter dem Protektorat der Großmächte verlangt wurde, damit die mazedonischen Flüchtlinge in ihre Heimat und in den Besitz ihrer Güter zurückkehren könnten.

Die Jahrhundertfeier in Rio de Janeiro.

X Newyork. Staatssekretär Hughes wird morgen nach Rio de Janeiro abreisen, um die Vereinigten Staaten bei der Gründung der Ausstellung, die anläßlich der Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit Brasiliens veranstaltet wird, zu vertreten. Er reist voraussichtlich am 28. September zurück.

Vermischtes.

Seine Frau aus dem Fenster geworfen. Eine Ehefrau hat sich in der Dithmarscher Straße in Hamburg abgespielt. Dort erschien in der Wohnung eines Ehepaars, bei dem ihr Kind in Pflege war, die soeben aus dem Krankenhaus entlassene Ehefrau J. Sie trat dort ihren Mann, und es kam zu einem Wortwechsel, wobei der Mann die noch kräftliche Frau schwer mißhandelte und versuchte, sie über den Balkon auf die Straße zu werfen. Die Frau klammerte sich an der Brüstung an, mußte aber schließlich loslassen. Glücklicherweise hatten sich auf den Streifen hin verschiedene Leute vor dem Hause angelammelt, denen es gelang, die Abstürzende aufzufangen. Trotzdem hatte sie so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

6000 Dollar unterschlagen. Laut „D. S.“ am Freitag ist der in einer Berliner Großbank Unter den Linden angestellte gewissen Hans Wisse nach Unterschlagung von 6000 Dollars fähig geworden. Raubmord in einem Okeebade. Im Okeebade Nidrop wurde der 60jährige Geschäftsführer Wilhelm Oß der Firma Niedermeyer u. Oß in den Dinen erschossen aufgefunden. Ihm wurde eine Brieftasche mit 20 000 Mark geraubt. Von den Tätern selbst jede Spur.

Ein Mädchenmord auf Usedom. Nach dem „Vollständer“ wurde in dem Dorfe Rattow auf der Insel Usedom ein 17jähriges Mädchen durch Stich- und Hiebverletzungen ermordet. Die Leiche wurde in einem Teiche gefunden. Unter dem Verdacht des Mordes wurde der 27jährige Salow verhaftet.

Ein fünfjähriger Dollarmillionär. Aus Newyork wird gemeldet: Der fünfjährige Sohn des verstorbenen Multimillionärs William Horst erhält von dem Testamentvollstrecker jetzt zwei Millionen Dollar ausgezahlt. Das Vermögen, das im ganzen etwa 25 Millionen Dollar beträgt, wird wahrscheinlich nach London gebracht werden.

Eine Eheberatungshalle in Wien. In der österreichischen Hauptstadt ist die Errichtung einer Eheberatungshalle in Aussicht genommen, der das Recht zusteht soll, fakultatives Eheverbot zu erteilen. Zunächst soll ein Arzt angestellt werden, der verpflichtet sein wird, jeden Eheanwärter, der sich an die Stelle wendet, gesundheitslich zu untersuchen und ihm, je nach dem Befunde, ein Gesundheitszeugnis auszustellen oder ihm zu einer Beschöhrung der Ehe oder zum Verzicht zu raten. Für kompliziertere Fälle ist eine kleine Kommission in Aussicht genommen.

Das Rätsel eines Raubmordes. Bei Bad Cicekloz in Holstein wurde kürzlich ein junger Wanderhändler ermordet und beraubt aufgefunden. Um ihn und die Person des Mörders schwebte zunächst Dunkel. Schließlich glaubte man den Ermordeten als einen jungen Mann namens Heinrich Kröpelin aus Neufloster in Meddenburg zu erkennen, und man meinte nun auch bestimmte Schüsse auf den Mörder, hinter dem man einen Wanderbegleiter Kröpelins vermutete, stehen zu können. Jeder Zweifel an der Person des Ermordeten schien für Behörden und Justiz gelöst zu sein, als selbst der aus Meddenburg herbeigeleitete Vater Kröpelins seinen Sohn in der Leiche wiedererkennen wollte. Der Vater wollte seinen Sohn auf Grund einer von der Leiche angefertigten Photographie und einiger im Besitz des Toten befindlicher Gegenstände erkennen. Ein Arbeiter von einem holsteinischen Torfmoor, auf dem der junge Kröpelin gearbeitet hatte, wollte den Toten an einigen Kleidungsstücken erkennen. Es meldeten sich Personen, welche den Reisebegleiter Kröpelins als einen gewissen Mayr aus Kugsburg angaben, der mit Kröpelin zusammen auf dem Torfmoor gearbeitet hatte. Den vermeintlichen Mörder konnte man nicht finden. Kröpelin wurde beerdigt, und der Vater schmückte das Grab seines Sohnes mit Kränzen und setzte in die Heimat zurück. Nun plötzlich teilte er der Polizei aus Meddenburg mit, daß sein Sohn Heinrich wohlgehalten bei ihm angelangt sei. Auch der angebliche Mörder hat sich in Meddenburg, wo er Arbeit angenommen, gefunden. Der Ermordete alich dem jungen Kröpelin so sehr, daß der Irrtum möglich war. Der Mord aber sinkt wieder in rätselhaftes Dunkel zurück.

Waldbände in Südrankreich. In der Umgegend von Bordeaux wüten seit Beginn der Woche ungewöhnliche Waldbände. Feuerwehr und Truppen, die in Massen aufgeboden wurden, haben bisher des Feuers nicht Herr zu werden vermocht. Der Brand hat im Gegenteil seit Dienstag neue Ausdehnung gewonnen. Nach dem „Courre“ hebt ein Sektor von 60 Kilometern Breite und 10 Kilometern Tiefe vollständig in Flammen, die bereits auch mehrere Dörfer vernichtet haben. Die Ursache konnte bisher nicht ermittelt werden. Man nimmt an, daß das Feuer durch Jäger verurteilt worden ist.

Der Schreibkrampf des Telegraphisten. Der interessante Telegraphisten-Verein, der in Berlin ausgeschrieben wurde, rückt die Arbeit des Telegraphisten in den Vordergrund des Interesses, und wir ahnen aus den Beschreibungen, welche Schwierigkeiten bei der Bedienung des Apparates zu überwinden sind. Es gibt sogar eine wenig bekannte, aber nicht selten vorkommende Berufskrankheit, den sogenannten Telegraphistenkrampf, der die Vokalbuchstaben und die Kerze seit langem beschäftigt hat. Zum ersten Mal wurde dieser Krampf im Jahre 1875 in Belgien beobachtet und ärztlich beschrieben. In Anfang des 20. Jahrhunderts mehrten sich dann die auftretenden Fälle so, daß eine ganze Literatur über diese Krankheit entstand. Man wollte beobachtet haben, daß die meisten Krampferkrankungen bei der Benutzung des damals viel gebrauchten Hughes-Apparates vorkamen, und es wurde deshalb empfohlen, die Telegraphisten abwechselnd am Hughes- und Morse-Apparat arbeiten zu lassen, worauf sich die Erscheinungen viel seltener einstellten. Aber je mehr der Morse-Apparat die Kleinherkunft erlangte, desto weniger konnte dieses Mittel angewendet werden. Der englische Generalpostmeister berief schließlich vor 10 Jahren eine Kommission zur Erforschung des Telegraphistenkrampfes ein, und aus dem Bericht dieser Sachverständigen ging hervor, daß das Leiden im Laufe des 20. Jahrhunderts außerordentlich zugenommen hatte. Der Krampf wurde auf das Gutachten des Ausschusses hin für eine echte Berufskrankheit erklärt, der zu einem Invaliditätsanspruch berechtigt. Der Telegraphistenkrampf kennzeichnet sich äußerlich dadurch, daß sich an einer Hand oder einem Arm oder auch an beiden zugleich ein deutlicher Krampf einstellt, wenn die betreffende Person einige Zeit telegraphiert. Auch Schmerzen an anderen Teilen des Körpers können auftreten. Die Entstehung des Leidens führt man teils auf eine Muskelerkrankung, teils auf eine Nervenkrankheit zurück. Jedenfalls müssen Vorarbeiten in dem Teil des Gehirns mitpressen, von dem die Regelung der zum Telegraphieren nötigen Bewegungen ausgeht.

Fords „neues Mexiko“. Der Automobilkönig Henry Ford, der sich selbst für den reichsten Mann der Welt erklärt hat, verbindet bekanntlich seinen ausbräutlichen Unternehmerrgeist mit großen Ideen der Menschheitsbeglückung. Seine neuesten Pläne beschäftigen sich mit Mexiko, und er glaubt, daß die ewigen inneren Streitigkeiten und Revolutionen dieser Republik am schnellsten aus der Welt geschafft werden können, wenn man „den Volk Arbeit gibt“. Er will daher Weiser und Hände der Mexikaner so beschäftigen, daß sie „keine Zeit mehr für Kufstände“ haben. Um diese Reformidee zu verwirklichen, hat er zunächst einmal in Coahuila eine Automobilfabrik errichtet, und will weitere derartige Unternehmungen begründen, wenn die erste sich gut entwickelt. Er will dann in Mexiko dieselben gemeinnützigen Einrichtungen durchföhren, die er unter seinen Arbeitern verwirklicht hat. Um für dieses „neue Mexiko“ die ersten Pioniere zu schaffen, bildet er zahlreich Mexikaner in seinen Automobilfabriken zu Detroit aus und gewinnt dadurch einen Stamm von erfahrenen Arbeitern, die dann die Grundlage für die mexikanischen Fabriken schaffen sollen. Das „neue Mexiko“ wird also sehr viel amerikanische Kultur und Lebensaufstellung erhalten, wenn Ford sich wirklich in dem Lande festsetzt, und deshalb wird wohl auch sein Plan von seinen Bundesleuten so sehr gefeiert.

Voraus Testamente geschrieben werden. Kürzlich ging die Nachricht durch die Blätter, daß der letzte Wille eines in der Stageraffschacht ertrunkenen englischen Matrosen aus dem Meer aufgefischt wurde, und zwar war dies Testament auf die Rückseite einer Erkennungsmarke geschrieben. Auch sonst sind Testamente schon auf sehr merkwürdigen Stoffen festgehalten worden. Es gibt lehrwürdige Verfügungen, die auf Mäusen, Kragen, Güte und sogar Schuhe geschrieben sind. Aber vielleicht das merkwürdigste Material, das je für eine Testamentverföhrung benutzt wurde, gebrauchte ein englischer Gutbesitzer. In seinem Nachlaß fand sich ein verfestigtes Blatt, in dem Rand, seinen Willen, der man in einem Zimmer des Obergeschosses finden. Der Raum wurde von oben bis unten auf das genaueste durchsucht, ohne daß man das Geringste fand. Da bemerkte schließlich eine Frau, daß die Tapete an einer Stelle eingezogen war, und als sie daran zog, fiel die ganze Tapete von der Wand herunter; auf der Mauer fand in großen Buchstaben das Testament des Verstorbenen. In einem Prozeß wurde vor einigen Jahren eine Tischplatte vorgefunden, die ein Sterbender zur Aufzeichnung seines letzten Willens benutzt hatte. In einem anderen Fall hatte eine Frau die Worte, die ihre letztwillige Verfügung enthielten, mit Wasse in eine Tischdecke geschrieben.

Lebensmittel-Demonstrationen in Dresden.

Wettlauf zwischen Demonstranten und einer Droschke auf der Prager Straße.

—a. Zu Demonstrationen gegen die allgemeine Zensur und gegen den Wucher mit Lebensmitteln, hatte der Unterbezirk Groß-Dresden, der kommunistischen Partei Deutschlands, am Mittwoch nachmittag 5 Uhr nach dem Schlußplan aufgeföhrt. Eine Dresdner Korrespondenz verbreitet darüber folgenden Bericht:

Obgleich allwärts in größtem Umfange zur Teilnahme an dieser Protestkundgebung aufgefordert worden ist, war die Zahl der Demonstranten in Anbetracht des Zweckes als eine sehr geringe zu bezeichnen. Nur reichlich 1500 Personen waren auf dem Plage erschienen, von 2 Stellen aus sprachen Redner, die aber bei dem herrschenden starken Winde und dem sonstigen Lärm nur von den in aller nächster Nähe stehenden Personen verstanden werden konnten. Am Schluß der Protestversammlung formierte sich ein Demonstrationzug, in dem sich etwa 1000 Personen beteiligten, und der sich unter Abkündigung von Liedern durch die Ammonstranten nach dem Wiener Plage bewegte. Dort wurden erneut Ansprachen gehalten und die Teilnehmer aufgefordert, nach Hause zu gehen. Der weitläufige Teil der Demonstranten kam der Aufforderung nach, mehrere hundert zum Teil sehr jugendliche Personen zogen hierauf durch die Prager Straße in der Richtung nach dem Altmarkt zu. Führer- und regellos bewegte sich diese Menschenmenge vorwärts, mehrfach wurden dabei Autos und Droschken, bzw. die Insassen derselben bedrängt. Mitten in der Prager Straße ereignete sich aber ein ebenso aufregender, wie auch interessanter Zwischenfall. Der Führer einer Taxameterdroschke, der offenbar zwei Damen zur Über bringen wollte, hatte sich etwas energisch seinen Weg gebahnt, war aber dadurch in den Widerstand der jungen Leute gestiegen. Als der Taxameter eigentlich schon durch die Menge hindurch war, versuchten Demonstranten, das Gefährt doch noch anzuhalten. Der Führer, der erkannte, um was es jetzt ging, trieb seinen Gaul durch einige Weisheitschläge zur schnellsten Gangart an, und hieb dann, aufrecht auf dem Poße stehend, fortgesetzt mit seiner Peitsche nach rückwärts auf die jungen Leute ein. Dadurch entstand unter lautem Gelächte ein aufregender Wettlauf zwischen Taxameter und jugendlichen Demonstranten. An der Ecke der Waisenhausstraße gaben die Verfolger die Jagd auf, da sie den Taxameter nicht einzuholen vermochten. Als dann die durch viele Neugierige verdrängte Menschenmenge den Altmarkt erreichte, erschienen zwei Abteilungen Polizei, ein Anlaß zum Einschreiten lag aber nicht mehr

vor, da ein überaus heftiger Regen, der plötzlich einsetzte, der Demonstration ein Ende bereitzete.

Jagdpatronen als Feuerung.

Sie haben doch auch ne Ollie zu Hause! Mit diesen drastischen an die Adresse des Vorliegenden gerichteten Worten suchte sich am Dienstag in Berlin der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Karl, der wegen Sachbeschädigung angeklagt war, zu verteidigen. Der Anklage lag, wie der „Berl. Volksanz.“ berichtet, ein Vorgang zugrunde, der einer gewissen Komik nicht entbehrt. Im Dezember v. J. gab es in dem Hause, in dem der Angeklagte mit seiner Frau wohnt, ganz plötzlich einen furchtbaren Knall. Sämtliche Fenster sprangen auf, eine Wolke von Rauch und Staub quoll aus den Fenstern und verunreinigte mit seinem Niederschlag die Wohnungen. Im Augenblick war Mensch und Tier schwarz wie die Möhre. Es gab ein heilloses Durcheinander. Als sich die Hausbewohner von ihrem Schreck erholt hatten, forschte man nach der Ursache, und da fand man den Angeklagten im Keller des Hauses vor der Heizklappe des Schornsteins, ebenfalls schwarz wie die Nacht. Er hatte in dem Ofen das Pulver von Jagdpatronen zur Entzündung gebracht, das explodiert war und so die Aufregung verursacht hatte. In der Gerichtsverhandlung beantragte der Angeklagte zunächst übertragungsweise den Ausschluß der Öffentlichkeit, weil er über seine Frau etwas erzählen wollte.

Vorsitzender: Das interessiert nicht.
Angeklagter: Na, Sie haben doch auch ne Ollie.
Vorsitzender: Ich verbitte mir das.
Angeklagter: Na, Herr Gerichtshof, die Weiber sind doch alle verrückt.
Vorsitzender: Das gehört hier nicht her. Sie sind wegen Sachbeschädigung angeklagt. Was haben Sie dazu zu sagen.
Angeklagter: Na, wenn Sie mir det hier sagen, denn es ist möglich und ich werde det auch zu. Ich bin damals en bißchen beschwippt gewesen und habe mir mit meine Ollie jezant.
Vorsitzender: Na, halten Sie uns denn für dumme Junge, daß wir Ihnen solche Märchen glauben sollen?
Angeklagter: Darüber verweigere ich die Auskunft. Ich bitte nochmals um Ausschluß der Öffentlichkeit.
Nachdem der Vorsitzende die im Zubehörraum anwesenden Damen darauf aufmerksam gemacht hat, daß möglicherweise nicht gerade anständige Dinge zur Sprache kommen könnten, ersuchte er die anständigen Damen den

Saal zu verlassen. Nach kurzer Pause, in der keine von den Damen den Saal verlassen hat, sagte der Vorsitzende: Nachdem nunmehr die anständigen Damen den Saal verlassen haben, haben wir fort. Angeklagter: Hochwürdigster Herr Gerichtshof, ich war an dem Tage, wie ich schon sagte, blau. Meine Ollie hatte sich selbst, und als ich ihr Vorwürfe machte, sagte sie, helze mal, wenn der Ofen nicht brennt. Und dann wollte ich dem Ofen eben etwas Luft machen. — Das Gericht nahm an, daß sich der Angeklagte der Folgen seiner Handlungsmasse nicht bewußt gewesen ist und kam infolgedessen zu einem Freispruch.

Sport.

Niesler Sportverein. Kommenber Sonntag bietet der Liga zum letzten Male Gelegenheit, sich durch einen Kampf gegen einen sehr guten Gegner für die beginnenden schweren Spiele um die Ligameisterschaft Mitteldeutschens zu haben. Die bekannte Ligamannschaft der Eislervereinigungen-Dresden wird nach Niesla zu einem Gesellschaftsspiel kommen. Die hervorragende Mannschaft aus Dresden hat in letzter Zeit durch ihren befähigten Trainer Johannes Benken ganz bedeutende Fortschritte gemacht und im Kampfe gegen deutsche Extraklasse glänzend bestanden. Erwähnt sei an den Besuch des W. f. A. Altona mit dem Internationalen Jäger bei den Dresdnern.

Münchener Sportverein. Am Sonntag hatte die 1. Elf des R. Sp. V. die 1. Elf von „Sparta“ Teplicz zu Gast und besiegte sie 3:2. Münchrig mit voller Mannschaft setzte ein gutes Spiel. Der Schiedsrichter Ulrich R. S. V. sehr gut. Münchrig 3. — Strebla 1. 0:2. Nächsten Sonntag hat die 1. Elf die gleiche des Hüberauer Sp. V. im Verbandsspiel zu Gast.

England und die Erfolge der deutschen Gleitflieger. „Daily Mail“ bietet, wie aus London gemeldet wird, unter der Leitung des Royal Aero Club einen Preis von 1000 Pfund Sterling für den Flieger, der bei einem im September stattfindenden Wettbewerb den längsten Flug in einem motorlosen Gleitflugzeug ausführt. Der Flug darf nicht weniger als 30 Minuten dauern. Die Erfolge der deutschen Gleitflieger, insbesondere der von Denham am Sonnabend aufgestellte Weltrekord von zwei Stunden, haben in England großes Aufsehen erregt. Es wird darauf hingewiesen, daß in Frankreich unternommene Versuche, im Vergleich zu den in Deutschland gemachten, sehr geringe Erfolge gezeitigt haben, und daß in England der Gleitflug so gut wie unbekannt ist.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute zum letzten Mal: „Das Doppelleben einer Halbwitwe“, Ab Freitag bis Montag der gr. und stärkste Film deutscher Filmindustrie:
Fridericus Rex
Sonntag ab 2 Uhr große Jugendvorstellung (mit Fridericus Rex). In Anbetracht der katastrophalen Geldwertverminderung und der dadurch ins Unermessliche steigenden Betriebskosten sind wir leider gezwungen, die Eintrittspreise zu erhöhen. Um gut. Zuspr. bittet die Besizerin Anna Bach.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße
Heute zum letzten Male: „Mammen der Wäite“ sowie „Der Fall Walliser“. Ab morgen Freitag!
Großen Erfolg auf den deutschen Lichtbildbühnen brachte der herrliche Romanfilm
„Bardame“.
In den Hauptrollen: Renia Denti, Paul Hartmann, Anton Edthofer, Wilhelm Diegelmann, Wally Koch und weitere erstklassige Künstler von Ruf.
Ferner die beste bisher gezeigte amerikanische Sumoreste:
„Slappi hat einen Himmel“.
In der Hauptrolle der dicke aber gewandte Slappi.
In **Künstlerkapelle** bestehend aus dem beliebtesten Künstlertrio. Täglich Beginn der Vorführungen 7 1/2 Uhr Sonntags 4 Uhr.
Um recht regen Besuch bittet der Besizer R. Wares.

Möbl. Zimmer
für einen Herrn gesucht. Angebote erbitte Albert Troblowitz Nacht.
20—30 000 Mark auf ein Jahr zu leihen gesucht. Angeb. u. A M 9337 an das Tageblatt Niesla.

Kirchennachrichten.
Hüberau. Blumen zur Kirchenschmückung am Sonnabend ins Pfarrh. erb. Sonntag Glockenweihe.
Kaule altes Gold u. Silber zur eigenen Verarbeitung. Goldschmied Georg Schumann, Hauptstraße 44.
Bei doppelter Haltbarkeit 2—3 mal billiger als Ledersohlen sind
Gummisohlen zum Auskleben. Jede Größe, sowie wasserfesten Klebefoff hält vorrätig
Wilhelm Jäger, Bismarckstraße 53, 1.

Bereinsnachrichten
Turnverein Niesla. Wieder Vollbetrieb. Turner, Turnerinnen, Kinder herbei!
Niesler Sportverein e. V. Freitag Spielerzusammenkunft 8 Uhr Barth. Hockeyabteilung Sonntag Übungsabend 6 Uhr Schwarzer Platz. Interessenten werb. gebeten, sich dort einzufinden.
Freie Vereinigung 103er. Sonntag, 27. August, Ausflug n. Hoberfen (Fährh.). Treff. 2 Uhr Eldr.
Stenographenverein Gabelberger, Gröba. Freitag, 25. August, Monatsversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung vollständig Ersch. erford.
Freitag, 25. August
Schnitterfest u. Ballmusik
Anfang 7 Uhr.
Feine Musikabende.

Jüngeres Dienstmädchen
bei hohem Lohn, guter Behandlung und guter Kost für Hausbalt mit 1 Kind per bald gesucht. Frau J. Marchner, Vorkstadt, Markt 2.
Mädchen
für Haus und sonstige Arbeiten im Geschäftsbetrieb, mit Familienanschluß zum 1. od. 15. 9. gesucht. Alwin Golsie, Postweg N. 2.

Wir haben zu günstigen Preisen abzugeben:
Eine mittlere Bohrmaschine mit Vorgelege für Kranttrieb, so gut wie neu, Flügel-pumpen, neu vorgerichtet, in verschiedenen Größen, Ersatzteile für Olen und Perde, Drahtseile mit Hanfeinlage, Transportharren, gebr. Röhren, Anleische usw., Holzverkleidung, Trennwände aus Holz und Glas, billige Bleche für Dachabdeckung, Türen und Fenster, eiserne Behälter, verzinkt und unverzinkt, Spannschlösser, Gittertüren, Transmissionsen und Transmissionswellen mit Kugellager, I-Träger und vieles andere Material aus Fabrikabfällen.
Etwa nicht passende Teile werden in unserer Reparaturwerkstatt unter billiger Berechnung umgearbeitet.
Goldammer & Co., Niesla
Leffingstraße 4—6, Rosenplatz 2e.

Gasthof Reuben. Schnitterfest u. Ballmusik
Anfang 7 Uhr.
Feine Musikabende.
Gasthof Münchrig.
Sonntag, den 27. August
großes Militärkonzert und Ball.

1 Wirtschaftsgelhilfe
od. Werdebuch gesucht. Zu erf. im Tagebl. Niesla.
Jüngerer Kontorist
sucht Beschäft. i. d. Abendstunden. Gefl. Off. u. A N 9338 an das Tageblatt Niesla.

Bernichtet
werd. Rücken- Ruffen
Läfer wie Schwaben, samt Brut in 15 bis 20 Stück. 1 Dose 15 W. Zu haben: Zentral-Drogerie, Niesla (Gde).
Wäsche und Kleider werden hübsch geputzt
Goethestraße 78, 1. l.
Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbetten bis an Priv. Rat. 40 Pf. feil.
Eisenmöbelfabrik Sahl (TDR).

Von soeben eingetroffener Sendung empfehlen wir:
Margarine Ha Ka La Nussbutter
zum billigsten Tagespreis
1/2 Pfund nur 10 Mark
solange Vorrat reicht.
Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garfs
Hauptstraße 54.

ff. Weizenmehl
auch zum Umtausch gegen Getreide, empfiehlt
Th. Doekter.

Falläpfel
kauft
Weinkelerei
Lichtensee.
Fernruf Gröbich 22.
Verkaufe diese Woche einen groß. Posten weiche
Birnen
a Bfd. 3 M., 4 Bfd. 10 M.
Bäumen a Bfd. 6 M.
desgl.
Tafel-, Mus-, Nespel
und Gelee-
äuserst billig.
Carl Signer, Gröba
Georgplatz 9 und
Obstaarten.
Berlege morgen einige
N. B. e. b. d. e. u.

Mischung Moccasan
25% Bohnenkaffee
75% feinsten Kaffee-Erfaß
verbürgt Reinheit und guten Kaffeegehalt.
1/2 Pfund M. 72.00
1/4 Pfund M. 36.00
Niesler Kaffeeerbstwert
Adolf Bormann
Wettinerstr. 25. Tel. 444.

Frischgebranntes Graukalk
empfehlen
G. Heinig
ab Lager
Langenberg.

Schweins-Töpfe
2 Pfund.
Dosen Lebertwurt
ff. Sauerkraut
täglich frische
Bäcklinge
empfehlen
Paul Pfeifer
Wettinerstr. 20. Tel. 147.
kauft
d. O.
Morgen früh
frische Seefische.
Clement Bürger.
Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.

Welt. Feinlein empfiehlt sich als perfekte
Schneiderin
Seitbahn Nr. 102.

Stickereiarbeit
zu verg. zu meld. 5. Frau
Comm. Gröba, Eisenweg

1 Zug- und Leinen-Rub
zu verkaufen
Zickaiten 23, Bräunig.

1 Senne mit 6 Schlippen
10 Wochen alt, zu verk. Wilhelmstr. 10, 3. l.

Perrenrad, wie neu, billig zu verk. Albrechtstraße 18, Pl. A 8, Nr. 10.

Rebr. Kinder- od. Sportliegewagen
zu kaufen gesucht
Münchrig, Gartenstr. 17.

1 Kindertwagen
wie neu, verkauft
Korbflechterei Gaudth.
1 Gehrock
billig zu verkaufen.
Zu erf. im Tagebl. Niesla.

Kommode
zu kaufen gesucht.
Offerten erb. u. A O 9339 an das Tageblatt Niesla.
Wer verkauft **Diamant-Handschuhmaschine**?
eine gut erhalt.
Adress. erb. Walter Klein, Chemnitz, Leipzig-Str. 73.

Stodholz
verkauft billig ab Lager
G. Seinig
Sapfenberg.

Eine Mark gleich null.

Während bei den Reparationsverhandlungen noch keine Lösung in Sicht ist, gleitet die Mark ins Nichts. Der Dollarkurs von 1450, die Schwankungen um diese Ziffer dauern an, deuten an, daß die Entwicklung noch nicht zum Stillstand gekommen ist und man muß fast von einem freiliegenden Spiel mit der unglücklichen deutschen Wirtschaft reden, denn durch nichts wird diese Entwertung — wirtschaftlich — begründet. Seit der Dollar auf 400 stand, hat sich eigentlich nichts weiter an den Grundlagen der deutschen Wirtschaft geändert. Wir sind so viel oder so wenig zahlungsunfähig, wie wir waren, nur die Preise müssen natürlich durch die Devisenkrise steigen und die Reichsbank kann mit Notenemissionen nicht gleichen Schritt halten, sobald die Kaufkraft verfliehet, ohne daß damit die Preisbewegung beeinträchtigt werden kann. Nur aus den politischen Einflüssen ist es zu erklären und daraus, daß durch die großen Marktaufgaben das Ausland unsere Währung vollkommen in der Hand hat, die Marktaufgaben, die wir ausführen mußten, um ein paar Devisen für die Reparationen zu erhalten.

Auch als Deutschland für Papiermark fremde Geldsorten kaufte, war die Wirkung auf den Marktkurs auch nicht entfernt so stark wie heute, da doch solche Umwechslungen so gut wie ganz aufhört haben, im großen Maßstab wenigstens ganz und gar. Die Kurse werden vom Ausland diktiert, von deutscher Seite kann dem nicht wirksam begegnet werden, und als beim Kursstand von 1100 man in Berlin zu stabilisieren versuchte, rückte sich das sofort bitter. Die Zurückhaltung aller deutschen Devisenverbraucher ist naturgemäß stark, so sehr auch der Lebensinstinkt die Industrie dazu treibt, das unbedingt Notwendige einzukaufen, ehe man es in wenigen Tagen mit vielleicht dem doppelten Preise bezahlen muß. Man muß sich indessen mit dem Gedanken vertraut machen, daß bei den — dem Dollarkurs nach — notwendigen Preissteigerungen der innere Absatz so gut wie vollständig unmöglich wird und daß der Außenhandel den natürlichen inneren Konsum niemals ersetzen kann, weder was den gegenseitigen Antriebe der einzelnen Wirtschaftsglieder noch den Realwert der gegen Waren eingetauschten Zahlungsmittel betrifft.

Man kann nicht ernst genug über die welterkämpfte Entwertung der deutschen Währung denken. Jede Disposition, ob im Großen oder Kleinen, wird unmöglich. Man kann mit der Mark gar nicht mehr als mit einem Werte rechnen, denn im Augenblick ist sie nicht mehr das, was sie noch soeben gewesen ist. Nicht, daß eine Mark nur noch wenig über ein Viertel-Pennig ist, ist das Bestürzende der Katastrophe, sondern daß auch mit diesem Viertel-Pennig kaum noch für die nächsten Stunden zu rechnen ist, da auch die deutschen Preise sich fortwährend überhöhen müssen. Diese Unsicherheit muß in ganz kurzer Zeit zum Aufhören der Produktion, zum Stilllegen jeder Wirtschaftstätigkeit führen und es ist schlechterdings gar nicht ausdenkbar, wie wenigstens dem akuten Notstand begegnet werden soll, der durch die unmögliche schnelle Verteilung neuer papierner Zahlungsmittel heraufbeschworen wird.

Die Retorsionen wieder aufgehoben.

Aus Straßburg wird gemeldet: Das General-Kommissariat veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Ober-Kommissar wurde Mittwoch vom Reichspräsidenten empfangen und unterrichtete ihn über die Frage der Ausweisung und der Sequenzierungen, die sich aus der Entscheidung vom 5. August über die deutschen Guthaben in Banken und Finanzinstituten ergaben. Nachdem die Frage der Ausgleichszahlungen auf dem Wege einer gütlichen Regelung angeht, werden die Retorsionsmaßnahmen aufgehoben werden. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgewiesen worden sind, bleiben bestehen. Eine spätere Mitteilung wird den Termin bekanntgeben, an dem der Beschluß über die deutschen Guthaben aufgehoben wird.

Die Abmachungen mit Bayern.

Über die neuerlichen Besprechungen zwischen dem Reich und Bayern veröffentlicht die „Bayr. Staatsztg.“ einen Bericht, in dem es heißt, Bayern seien zum Schutze seiner Hoheitsrechte und seiner Staatlichkeit sehr wertvolle Zusicherungen gegeben worden. Bayern habe erklärt, daß es an seinem grundsätzlichen ablehnenden Standpunkte zu den Schulgelegen festhalte. Andererseits seien aber in der Frage des Staatsgerichtshofs und des Polizeirechts die bayerischen Wünsche erfüllt. Die grundsätzliche Erklärung über die föderative Gliederung des Reichs sei erheblich vertieft und erweitert worden. Es sei nach alledem mit der baldigen Aufhebung der bayerischen Verordnung zu rechnen.

Die neuen Zusicherungen.

Die bayerische Staatsregierung hat gestern abend das eingehende Kommuniqué über die Berliner Verhandlungen herausgegeben. Die neuen Zusicherungen, die Bayern bei den letzten Verhandlungen erreicht hat, lauten:

1. Beim Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Staat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Laienrichter und drei entsprechende bayerische Reichsgerichtsräte angehören. Als Laienrichter können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, die die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigenen Beschlusses nach Belieben auch in einem süddeutschen Orte tagen.
2. In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben ist, wird das Begnadigungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt.
3. Nach Fällungnahme mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter zur Reichsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen bestellt.
4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Ueberweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werde. Die bayerischen Staatsanwälte werden angewiesen werden, bei Vorlage der Akten an den Oberreichsanwalt sich darüber zu äußern, ob sich eine Sache zur Behandlung durch den Staatsgerichtshof oder durch die ordentlichen Gerichte eignet. Diese Äußerungen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.
5. Weber die Reichsregierung nach die Landesregierung darf auf Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Verwaltungsakten irgendwelchen Einfluß nehmen.
6. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches, die Staatspersönlichkeit und die Souveränität der Länder werden neuerdings anerkannt. Es wird wiederholt zugesagt, daß das Reich die Hoheitsrechte der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches anstoßen darf. Darüber hinaus wird zugesichert, daß die Reichsregierung nicht willkürlich, bisherige Aufgaben der

Die deutsch-österreichischen Besprechungen.

Eine auktliche Mitteilung über die Verhandlungen.

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des ihn begleitenden Finanzministers Segur bei der Reichsregierung in Berlin hat Mittwoch abend mit der Abreise der österreichischen Herren nach Wien seinen Abschluß gefunden. Die Besprechungen mit der Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlichen nachbarlichen Freundschaft. Die politischen Verhandlungen, die Dienstag abend beim österreichischen Botschaften in Berlin eingeleitet wurden, wurden Mittwoch mittag vor einem Abschluß, daß der Reichskanzler den Vertretern der österreichischen Regierung gab, fortgesetzt und am Nachmittag zu Ende geführt. Den Besprechungen wohnten auch die Finanzminister der beiden Staaten und der deutsche Reichswirtschaftsminister bei.

Der österreichische Bundeskanzler erörterte ausführlich die Lage, wie sie sich vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus für Österreich nach dem Ausgange der Konferenz von London ergeben hat. Bekanntlich wurde Österreich dort hinsichtlich der Kreditfrage an den Völkerverbund verwiesen. Der Bundeskanzler legte dar, daß Österreich nach Lage der Dinge selbstverständlich seine Angelegenheit beim Völkerverbund mit allem Nachdruck betreiben werde, daß aber eine Verzögerung von den größten Nachwirkungen nicht nur für Österreich, sondern auch für Mitteleuropa sein würde.

Die Besprechung ergab vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß Österreich bis zur Erledigung der Kreditfrage trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, in der Zwischenzeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Im Anschluß hieran wurde eine Reihe von Einzelfragen erörtert, wobei auf deutscher Seite freudige Bereitwilligkeit hervortrat, im Rahmen des Möglichen dem bedrängten Brudervolke, wo irgend möglich Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben schloßen sich an die Berliner Besprechungen an.

Die Rundreise Dr. Seipels durch Europa ist ein Suchen nach einem Anhaltspunkt, um irgendwo Anhalt zu finden, entweder mit der Tschekoslowakei eine Wirtschaftsvereinbarung zu bilden, oder den Zusammenschluß mit Deutschland zu vollziehen, oder in eine Konföderation mit Italien zu gelangen: Man weiß nicht, wie auch nur einer dieser drei Wünsche praktisch ausgeführt werden soll. Italien würde jedenfalls den härtesten Widerpruch erheben, wenn in irgend einer Weise, sei es auch nur durch wirtschaftliche Zusammenstöße der alte Komplex eines Donausaatens wieder vereinigt wird. Dem Anstich an das Deutsche Reich steht der Verfall der Vertrag entgegen, außerdem dürfte die Tschekoslowakei, die dann von zwei Seiten vom deutschen Wirtschaftsgebiet umgeben würde, nur unter großen Opfern zu beschwichtigen sein und solche Opfer können nicht gebracht werden. Immerhin liegt es in der Richtung natürlicher Entwicklung, daß Österreich, wenn es auf die Dauer nicht ohne Deutschland leben kann, den Weg zu gehen versucht, der doch allein zum Ziele führen kann. Die Konföderation mit Italien — es ist durchaus fraglich, ob Italien ihr zustimmen wird — hat aber für Österreich wirtschaftlich so gut wie gar keine Bedeutung. Drei Möglichkeiten, die theoretisch als ein Ausweg aus dem isolierten Zusammenbruch erscheinen können, die aber praktisch wenig Aussicht auf Verwirklichung haben, weil durch den Friedensvertrag Mitteleuropa die Existenzfähigkeit verliert ist.

Erklärungen der österreichischen Vertreter.

Aus Berlin wird gemeldet: Beim Empfang der österreichischen Vertreter in der österreichischen Botschaft führte Bundeskanzler Dr. Seipel u. a. aus: Unsere Reise hat in Ungarn eine gewisse Erregung hervorgerufen und soll sogar zu einem Protest in Paris Anlaß gegeben haben. Unsere Reise dient

überhaupt nur der Orientierung, und ich brauche nicht zu sagen, daß ein Anstich an die kleine Entente nicht in der Linie unserer Politik liegt. Daß unsere Reise zunächst nach Prag geführt hat und von Berlin nach Italien führen wird, erklärt sich daraus, daß wir in unserer Notlage das Bedürfnis haben mußten, über die Stimmung bei unseren wichtigsten Nachbarn Aufklärung zu erhalten. — Nach dem Bundeskanzler bemerkte Finanzminister Segur, die Londoner Konferenz habe Österreich infolgedessen eine Enttäuschung gebracht, als sie die österreichische Frage an den Völkerverbund verwiesen habe. Immerhin sei es schon ein erfreuliches Zeichen, daß die Reparationskommission beschlossen habe, einen Teil der Forderungen freizugeben. Im übrigen sei die Reise eine Informationsreise, und es handle sich nicht darum, für einen unmittelbaren vor dem Zusammenbruch stehenden Staatshaushalt Hilfe zu erbitten. Die Fortführung des Haushalts sei vielmehr für die nächste Zeit getichert.

Die Zusammenkunft in Verona.

Infolge einer Einladung des italienischen Ministers des Äußern Schanzer werden sich Dr. Seipel und Finanzminister Segur von Berlin direkt nach Verona begeben. Die Rückkehr nach Wien erfolgt voraussichtlich erst am Sonntag.

Die „Prager Presse“ meldet: Gelegentlich der Reise des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel wurden zwischen dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Minister des Äußern Dr. Beneš und dem italienischen Minister des Äußern Schanzer die Ansichten über die Situation ausgetauscht. Es wurde in dieser Hinsicht vollständige Uebereinstimmung und zugleich Festhalten an der Unabhängigkeit konstatiert, die anlässlich der Reise Beneš nach Italien im Februar 1921 zustande kam, und zwar auf der Grundlage, daß beide Staaten unerschütterlich auf den Verträgen beruhen, die sie gemeinsam unterfertigt haben.

Der Völkerverbund übernimmt keine Verantwortung.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erklärt, es sei unmöglich, daß der Völkerverbund irgend eine Verantwortung für die bezüglich Österreichs übernehme werde, da er nicht in der Lage sei, praktische Unterstützung zu gewähren. Wenn diese Ansicht sich bestätigen würde, die Verantwortlichkeit auf alle alliierten Regierungen zurückfallen.

Die Wiener Presse über die Berliner Besprechungen.

Die Wiener Presse gibt ihrer großen Freude und Befriedigung Ausdruck über den herzlichen Empfang des Bundeskanzlers Dr. Seipel in Berlin durch die deutsche Regierung. Die Blätter sprechen die zuverlässige Ueberzeugung aus, daß Deutschland alles tun werde, was in seinen Kräften steht, um dem österreichischen Volke in seiner tiefen Not beizuhelfen. Andererseits verkennen sie nicht, daß die schwere Bedrängnis und Gebundenheit, in der Deutschland selbst sich befindet, seine Hilfe nur in gewissen Grenzen ermöglicht.

Sitzung des Reichskabinetts.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Reichskabinetts fanden die Verhandlungen mit dem österreichischen Bundeskanzler und mit den Bevollmächtigten der Reparationskommission zur Beratung. Man hält es in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich, daß die Richtlinien der Reparationskommission erörtert wurden. Die Beratungen werden heute (Donnerstag) vormittag fortgesetzt. Im Anschluß an die Kabinettsitzung hat der Reichskanzler abermals Brabburg und Mauciere empfangen.

Wie die „D. Z.“ am Mittwoch erklärt, ist es Tatsache, daß in der Besprechung des Reichskanzlers mit den beiden Vertretern der Reparationskommission am Dienstag abend Vorschläge von deutscher Seite gemacht worden seien, die auf einer anderen Grundlinie als der der parlamentarisch unangenehmen produktiven Forderungen lagen und die am Mittwoch den Gegenstand weiterer Beratungen bildeten.

Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichsmittel, oder Reichsunterbehörden zu übernehmen. Zum Schluß heißt es in der offiziellen Darlegung, daß mit diesem neuerlichen Ergebnis die bayerische Staatsregierung bekräftigt ist, daß sie aber nach wie vor ausdrücklich in Berlin erklärt habe, daß sie die Schulgesetze verwirft und daß nur volle Befriedigung durch die Aufhebung der Gesetze geschaffen werden kann.

Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler Dr. Wirth wird heute die Führer der gewerkschaftlichen Organisationen empfangen, um mit ihnen die gegenwärtige Wirtschaft- und Finanzlage des Reichs zu besprechen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat gestern seinen Vorstand sowie seinen finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuss einberufen, um die aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sich ergebenden Forderungen der wirtschaftlichen Gewerkschaften zu formulieren.

Die Durchführung der Getreideumlage.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf hat dem Weiter einer Parlamentskorrespondenz erklärt, der Durchführung der Getreideumlage ständen große sachliche Hindernisse im Wege, einmal die ungleiche und teilweise sehr schlechte Ernte und zum andern der festgesetzte Umlagepreis. Eine allgemeine planmäßige Obstruktion sei bisher nicht in Erscheinung getreten.

Ankündigung der Lebensmittelpreise an den Dollarkurs?

Der Reichsverband der deutschen Kolonialwarenhändler hat sich mit einer dringlichen Eingabe an den Reichsernährungsminister gewandt, in der es u. a. heißt: Die katastrophale Wertentwertung hat viele Tausende von selbständigen Existenzen aus unseren Berufsreisen an den Weltmarkt gebracht. Der Lebensmittelhändler, gezwungen durch gesetzliche Maßnahmen, hat sich im wahren Sinne des Wortes arm verkauft. Er ist dadurch das Opfer einer der Weltverhältnisse außer Acht lassenden Vorgehens geworden. Die Hauptversammlung des Reichsverbandes weist die Mitglieder auf die zwingende Notwendigkeit hin, angesichts der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, die Preisfestsetzung nach der Wertentwertungstheorie der jetzigen Wucherpreise vorzunehmen, für alle Aufträge aus früheren Abwärfen und Lagerbeständen als Verkaufspreis den am Tage des Verkaufs nachweisbar geltenden Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen, zusätzlich eines angemessenen Zuschlages für die allgemeinen Geschäftskosten. Wo ausnahmsweise ein Wiederbeschaffungspreis nicht ermittelt werden kann, wird empfohlen, den Verkaufspreis der reinen Geldentwertung anzupassen. Die strafrechtliche Verantwortung des einzelnen für eine Preisbemessung nach

diesen Grundlagen bleibt bestehen. Die Verbände werden aber bei einem wegen einer nach diesen Richtlinien vorgenommenen Preisbemessung eingeleiteten Strafverfahren mit ihrer ganzen Autorität den Schutz des Mitgliedes übernehmen.

Streiks und Feuerungsstundgebungen in Oberschlesien.

Aus Hindenburg wird gemeldet: Wegen Lohnstreiks sind auf der Donnersmarchütte die Belegschaft der Koksanstalt und auf der Concordgrube die des Hohenhofbetriebs ausständig. Ferner streiken die Arbeiter der schlesischen Drahtwerke. Es finden Feuerungsstundgebungen statt.

Wie aus Gleschen gemeldet wird, streikt die gesamte Belegschaft der Hohenjollergrube seit Dienstag wegen der Entlassung eines Mitgliedes des Betriebsrats. Zwei Gewerkschaftssekretäre haben sich nach Berlin begeben, um die Angelegenheit dem Minister Evering vorzutragen. Gleichzeitig ist auch der Gemanda-Schacht in den Zustand getreten. Am Mittwoch wurden in Gleschen Kundgebungen gegen die Feuerung veranstaltet. Mittags veranstaltete die Belegschaft der Hohenjollergrube einen Umzug. Ausschreitungen wurden nicht begangen.

Die Belegschaften der polnischen Gruben und Stätten beschäftigten sich, wie aus Rattowitz gemeldet wird, in Betriebsverfammlungen mit der gegenwärtigen Lage Oberschlesiens. Sie erließen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle während der Abtötungszeit gemachten freiwilligen Versprechungen nicht gehalten werden seien, dagegen organisierter Wucher sich breitmache. Die Verwaltung der Wojwodschaft, in der völlige Unordnung herrsche, sei machtlos. Der Aufruf schließt mit der Forderung der sofortigen Einstellung der Forderungen. Wie weiter aus Rattowitz gemeldet wird, dauerten die Ausschreitungen, die sich besonders gegen die Juden richteten, bis in die späten Nachtstunden an. Trotz starken Polizeieinsatzes wurden in verschiedenen Fällen Juden auf den Straßen zu Boden geworfen, mit Stöcken und Gummiknüppeln verprügelt; einzelnen wurden die Haare abgeschritten. Auch zahlreiche Einbrüche wurden verübt.

Arbeitslosendemonstration in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Dienstag hatten die Arbeitslosen von Wien nach Kundgebungen in den Hauptstraßen der Stadt von der Regierung eine neue Regelung der Arbeitslosenunterstützung verlangt, wozu die Regierung durch amtliche Veröffentlichungen Stellung nahm. Da die Arbeitslosen diese Zustände der Regierung als unbefriedigend ansehen, sogen Mittwoch etwa 2500 Arbeitslose am Parlament und sandten eine Adressierung an den

port tagenden außerordentlichen Konferenz der sozialdemokratischen Parteileitung. Die Abordnung lehrte in Besetzung mehrerer sozialdemokratischer Abgeordneter zurück, von denen einer erklärte, der Klub habe beschlossen, die Forderung der Arbeitslosen zu vertreten und unerschütterliche Unterstützung des Nationalrats, ferner sofortige Auszahlung der Notstandsbeihilfe zu verlangen. Die Arbeitslosen, die durch Gerüchte erregt waren, suchten in das Parlament einzudringen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Waffe Gebrauch machte; mehrere Personen wurden verletzt. Die Besatzung des Parlaments wurde teilweise zerstreut; Trümmer einer einseitigen Tür wurden hinabgeworfen, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Schließlich gelang es der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen.

Die Glasindustrie Nordböhmens vor dem Zusammenbruch.

Aus Prag wird gemeldet: Wie die Zeitung „Sozialdemokrat“ meldet, steht die gesamte Glasindustrie Nordböhmens vor dem Zusammenbruch. Am Sonnabend sei mit Massenkassationen im Westen und Nordwesten von Böhmen begonnen worden. Der gesamten Arbeiterschaft der Glasindustrie sei gekündigt. 13.000 Arbeiter seien arbeitslos, über 20.000 arbeiteten nur zwei bis drei Tage in der Woche. Im Riesengebiet kündigten Entlassungen für die nächste Woche bevor. Die Gewerkschaftsverbände verlangten angesichts dieser Lage von der Regierung die Aufhebung der Kohlenabgabe, Verminderung der Frachttarife und der Postgebühren.

In den Wannemannwerken in Komotau haben sich die Arbeitsverhältnisse nach demselben Blatte derart verschlechtert, daß von 922 Arbeitern nur 110 durch sechs Schichten voll beschäftigt sind.

Der Irenführer Collins ermordet.

Die Ermordung des Oberbefehlshabers der irischen Freikampfbataillone Michael Collins ereignet, wie aus London gemeldet wird, unebenes Aussehen. Collins befand sich auf einer Inspektionsreise und war von einer Anzahl Korps-offiziere und Soldaten begleitet, als der von einer großen Anzahl irischer Irregulärer unternommene Angriff erfolgte. Es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, in dessen Verlauf Collins einen schweren Kopfschuss erlitt. Kurze Zeit darauf verschied er. Seine letzten Worte waren: „Vergebt ihnen!“ Die Wälder weisen darauf hin, daß das vor kurzem erfolgte Verbot des irischen Freikampfes bedeuten. Beide waren die Hauptunterzeichner des Downingstreet-Abkommens auf irischer Seite und führten bisher innerhalb des irischen Parlaments den Kampf für das Abkommen fort. Seit Beginn der von de Valera geleiteten Aufstandsbewegung hatte Collins die Führung des irischen Freikampfbataillones übernommen. Bei dem Mangel an führenden Persönlichkeiten werde die Wahl eines Nachfolgers schwierig sein. Offiziell wird mitgeteilt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß das irische Parlament am Sonnabend zusammentreten wird. Der Chef des Generalstabs des irischen Freikampfbataillones General Richard Mulcahy hat ein Manifest an das irische Volk erlassen, in dem er es auffordert, das nicht vollendete Werk Collins unerschrocken weiter zu führen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Frankreich und die Hindenburgfeier. Pariser Blätter enthalten ausführliche Berichte über die aus Anlaß des Besuchs Hindenburgs in München veranstalteten Festlichkeiten. Der „Temps“ spricht im Zusammenhang mit den Münchener Demonstrationen von den Vorbereitungen einer monarchistischen Restauration und der militärischen Resonanz. Die Partei Ludendorfs bedroht offen die Sicherheit aller benachbarten Nationen und geht so Frankreich tausend Gründe zu handeln, sobald der Augenblick dazu gekommen sei. Der Reichszentralrat würde besser daran tun, anstatt seine Energie in der Polemik gegen Poincaré zu verbrauchen, positive Vorschläge zu machen und wenn sie auch noch so bescheiden seien, die seine außenpolitische Position stärken und ihm gestatten würde, die Republik nach innen gegen ihre Feinde zu verteidigen. Aber in Bayern herrsche die Reaktion unumschränkt, sogar die bayerische Regierung sei ihr gegenüber machtlos, denn jene verfüge nicht nur über unbeschränkte Geheimnisse, sondern sie habe die ganze Reichswehr in der Hand, sobald niemand es ernstlich wage, ihr Widerstand zu leisten.

Der Durchgangsdienst zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland widmet das Reichsverkehrsministerium seine besondere Aufmerksamkeit. Die polnische Regierung läßt die Durchführung des Verkehrs bekanntlich seit einiger Zeit zu und hat in Ausführung des darüber geschlossenen Abkommens vom 21. April 1921 nunmehr die Orte mitgeteilt, an welchen die durchfahrenden Schiffe

anlegen oder Labungen umfragen dürfen. Wichtige ist ferner, daß die alten preussischen Volkseisenbahnen auf den Korridorwegen in Geltung zu bleiben sind. Alles Nähere enthält das Reichs-Verkehrs-Blatt Abteilung B Nr. 21 vom 23. August 1922 und die Fachpresse. Ueber Einzelheiten gibt der Regierungspräsident in Schneidemühl Auskunft.

Zeitungsverbot. Die „Hamburger Volkszeitung“ ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf vier Wochen vollständig verboten worden.

Die Güterankäufe durch Ausländer. Der Landrat des Grenzbezirks Magdeburg in der „Schl. Volkszeitung“ auf die große Gefahr hin, die dem Grenzgebiet dadurch droht, daß Tschechen und Polen dort Güter, Gattwirtschaften und Grundstücke massenhaft aufkaufen. Der Landrat verlangt, daß sofort ein Notgesetz zum Schutze des heimischen Grund und Bodens gegen Ausländer erlassen werde, die Grenzbeobachtung sei unzureichend.

Die Versammlungen des Deutschen Nationalen Jugendbundes in Preußen verboten. Der preussische Minister des Innern hat dem Amtlichen preussischen Presseblatt zufolge auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik alle Versammlungen des Deutschen Nationalen Jugendbundes und seiner Landes-, Kreis- und Ortsgruppen bis auf weiteres verboten.

Streik und Ausfuhrverbot. Im Streik der Eisenarbeiter in Königsberg mußte, um den Transport des für die Ernährung der Bevölkerung nötigen Getreides vom Königsberger Lagerhaus zur Wasmühle zu sichern, die Technische Nothilfe eingesetzt werden. — Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ meldet, haben die Arbeiterverbände des Baugewerbes beschlossen, die Ausfuhr von Eisenarbeiten auf die ganze Provinz auszudehnen. Die Ausfuhr soll am heutigen Donnerstag erfolgen.

Neue Reichsgesetze. Im Reichsministerium des Innern sind zwei neue Gesetze in Vorbereitung: das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung über die Verhängung des Ausnahmezustandes und ein neues, den gegenwärtigen Verfassungsvorschlägen angepaßtes Reichsvereinsgesetz.

Das Reichsgericht gegen die künftliche Fleischsteuerung. In einer Versammlung der Vorstände sämtlicher Bezirksvereine der Reichsvereine der Fleischhändler kam zum Ausdruck, daß die Fleischsteuer den Kern des Preistreibernebel darstellt, daß die Viehkommissionäre ein Interesse an hohen Preisen haben, weil sie mit diesen Preisen ihre Umsatzziffern erhöhen. Das führt dann weiter dazu, daß die Händler diesen auf Kosten der Verbraucher besonders tüchtigen Kommissionäre, die damit auch für die Händler und mittelbar für den Landwirt höhere Preise und höhere Gewinne herausklopfen, ihr Vieh zuführen, so daß ein Kommissionär zum andern überboten wird. Sachleute erklären, daß — was auch dem Volke einleuchtet — die Preistreiber in dem Augenblick aufhören würden, wo die Kommissionär-Provision nicht nach den erzielten Preisen, sondern nach dem Gewicht oder der Stückzahl des umgesetzten Schlachtoisches sich bestimmen würde. Dann würde auch zweifellos der Fleischnot gesteuert werden, denn anstatt an den Preisen hätten dann die Kommissionäre ein entscheidendes Interesse an der Steigerung des Auftriebs. Und gesteigerte Zufuhr bedeutet verbilligte Ware.

Das Geheimnis von Saaleck. Eine Aufschrift an das „Berliner Tageblatt“ von zuständiger Seite befaßt sich mit einem Aufsatze Traubs „Das Geheimnis von Saaleck“ in der „München-Augsburger Abendzeitung“, der ein Gemisch von Mächt und Verleumdung darstelle. Mit Bezug auf die Ausführungen des Aufsatzes, daß die Mörder Kern und Fischer auf Saaleck von Kommunisten umgebracht worden seien, heißt es in der Aufschrift: Um eine Legendenbildung nicht aufkommen zu lassen, sei nochmals zweifelsfrei festgestellt, daß Kern auf Saaleck durch den Schuss eines Polizeibeamten getötet wurde und daß wenige Minuten später Fischer, wie der Sektionsbefund klar ergab, durch Selbstmord endete. Der blutige Schlußakt der Rathenau-Tragödie ist in allen Einzelheiten klar gestellt, so daß der Verleumdungsversuch Traubs ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten ist. Schließlich bezweifelt Traub noch, so führt die Aufschrift weiter aus, daß Warburg und Einstein auf der Proskriptionsliste für die rechtsradikalen Mörderorganisationen gestanden hätten. Ein Blick in seine eigene Zeitung würde ihn belehren haben, daß am 29. Juni d. J. die staatliche Verfassung des Hamburger Senats über das Ergebnis der Untersuchung in Sachen der Sprengstoffattentate berichtet und dabei von der Liste Mitteilung machte, die bei der Abteilung Warneke gefunden worden war. Nach dieser Liste war hauptsächlich, wovon fährten Persönlichkeiten, darunter Max Warburg, zu bezeichnen. Ähnliche Listen wurden überdies auch bei anderen Organisationen gefunden. Bei der bevorstehenden Hauptverhandlung gegen die Mörder Rathenaus vor dem Staatsgerichtshof werden auch Traubs letzte Zweifel gründlich beseitigt werden.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet. Der Reichsjustizminister hat den auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli d. J. zu bildenden Staatsgerichts-

hof zum Schutze der Republik mit Wirkung vom 1. September d. J. errichtet. Es sind ernannt zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes Senatspräsident Dr. Dage als Vorsitzender, die Reichsgerichtsräte Dr. Baumgarten und Dr. Böhm, der Universitätsprofessor Dr. v. Galtzer, Reichskanzler a. D. Fedrenbach, Landtagsabgeordneter Hartmann, der württembergische Gesandte Hilgenbrand, der Verbandsvorsitzende Adels und Hermann Müller-Potsdam. Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden ernannt, Senatspräsident Dr. Schmidt, Reichsgerichtsrat Niedner als stellvertretende Vorsitzende, die Reichsgerichtsräte Adolf Müller, Dr. Nieland und Keller, der Abgeordnete Kaufhäuser, der Verbandsvorsitzende Brandt, Schriftleiter Johannes Oes, Reichshauptmann Lange, Staatsminister a. D. Reinicke-Block, Staatsminister a. D. Dr. Reinhold. Zu Untersuchungsrichtern und zugleich zu Ermittlungsrichtern beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sind der sächsische Landgerichtsrat Dr. Richter sowie der preussische Kammergerichtsrat Wolf bestellt worden.

Der Berliner Magistrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung der Erhöhung der Löhne der kädt. Arbeiter ab 1. August nach dem Vorschlage der Tarifdeputation zu und beschloß den Ankauf der ehemaligen Trabrennbahn in Weiskensee zum Preise von 5 Millionen Mark.

Volen.

Prohuna gegen Danzig. Im „Nurjer Volks“ heißt es: Die von Danzig, das auch Mittelpunkt von Verschwörerorganisationen gegen die deutsche Republik ist, Polen gegenüber eingenommene Haltung zeugt von Größenwahn und wird ein schlimmes Ende haben.

Japan.

Ausfuhrverbot. Aus Belgrad wird gemeldet: Der Ministerrat beschloß folgende Ausfuhrverbot: für Weizen 150 Dinar je 100 Kilogramm, für Weizenmehl 110 Dinar, für Schweine von über 60 Kilogramm Lebend- oder Totgewicht 1000 Dinar pro Stück. Die Ausfuhr von Daser wurde überhaupt verboten.

Frankreich.

Ein Protest der französischen Postarbeiter gegen die französische Regierung wird im „Populaire“ veröffentlicht, aus dem ersichtlich ist, daß etwa 100 französische Beamte an den soeben beendeten internationalen Verhandlungen der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin teilnehmen wollten. Ministerpräsident Poincaré hatte das Ministerium des Innern jedoch angewiesen, den französischen Beamten die Ausstellung von Reisepässen zu verweigern, sodaß sie auf die Teilnahme verzichten mußten. Die Postgewerkschaft verurteilt das Vorgehen der Regierung in ihrer Veröffentlichung mit scharfen Ausdrücken und bezeichnet es als eine Provokation der Beamtenschaft.

Rußland.

Verhaftungen. „Times“ meldet aus Moskau, daß in Moskau, Petersburg und im übrigen Rußland zahlreiche Führer der russischen Intelligenz verhaftet werden.

Bermischtes.

Luxusverbote in Albanien. Wie die meisten europäischen Staaten, so muß auch die albanische Regierung sparen, und sie ist damit konsequenter als andere Christen, indem sie durch strenge Verbote dem Luxus ihrer Untertanen zu steuern sucht. Die Albanesen treiben die größte Verschwendung in Essen und Trinken und sind von einer sprichwörtlichen Gastfreundschaft. Die Regierung hat daher Verbote erlassen, wie sie auch bei uns im Mittelalter üblich waren. Nach dem Verbot eines französischen Blattes kann man an den Mauern von Etnari und anderen albanischen Städten einen Erlaß des Postministers Ahmed den Jagoll lesen, der die folgenden Vorschriften enthält: Niemand darf bei strengster Strafe mehr als 12 Personen zur Hochzeit einladen. Uebersteigt die Zahl der Verwandten der Brautleute diese Ziffer, so dürfen nicht alle eingeladen werden. Die Hochzeitsfeierlichkeit darf nicht länger als höchstens 24 Stunden dauern. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit einer Mindeststrafe von mindestens 20 Napoleons d'or bestraft.

Der vielseitige Schuchmann. Der Beruf des Schuchmanns gehört gewiß zu den vielseitigsten, die es gibt, und selbst der Journalist kann mit ihm in der Mannigfaltigkeit der Erlebnisse nicht mithalten. So erzählt z. B. ein Londoner Volkstanz: „Gestern wurde ich zunächst von meinem Revier nach einer Kirche im Westen geschickt, um hier bei einer vornehmen Hochzeit zugehen zu sein. Am Nachmittag hatte ich die Aufgabe, die Menschenmenge bei einem Begräbnis zu beaufsichtigen. Eine Stunde später bestand ich mich bei einem Prozeßzug von Arbeitslosen, bei dem ich für Ordnung sorgen mußte. Bevor mein Dienst zu Ende war, brachte ich noch zwei Leute auseinander, die in eine Schlägerei verwickelt waren, brachte eine alte Dame, die ohnmächtig geworden war, auf die Unfallstation und lieferte einen verlorengegangenen Hund ab.“

Gekaufte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

22

Erinnern Sie sich noch des Nachmittags, an dem wir mit ihm ausritten? Wir beide waren schneidige Reiter, Schiller hätte Hals und Zeile bei der Geschichte drehen können, ich höre sein Jammern noch heute. Ah, solchen Pitz möchte ich noch einmal machen! — Doch, das ist alles dahin. Man wird alt.

„Nun, Sie haben Ihre Jugend genügend genossen,“ erwiderte Paul, der mit dem Gut in der Hand schon an der Türe stand, „es wäre vernünftiger gewesen, wenn Sie —“

„Bitte, keine Moralpredigt, ich kann Sie mir selbst halten, und ich tue es jedesmal, wenn der Vater mir auf der Schulter ruht und mich höhnisch angrinst. — Schade, daß Sie mich schon verlassen wollen, der Stoff ist gut in dieser Anleihe, wir können in Erinnerungen uns versetzen! Da war im „Seidelberger Jagd“ die —“

„Versuchen Sie mich mit diesen Reminiscenzen,“ unterbrach der Baron ihn kalt, „über diese Lorbeeren bin ich längst hinweg, ich habe jetzt an ernstere Dinge zu denken. Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen gesagt habe, und gebunden Sie sich; ich will unter dieser Bedingung Ihnen helfen, so gut ich es vermag, unverschämten Forderungen aber werde ich mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Sobald ich von zu Hause Geld empfangen, wollen wie über Ihr Projekt weiter beraten, bis dahin erwarte ich strenge Verschwiegenheit.“

„Empfehle mich Ihnen!“ sagte Wintrop mit einer spöttischen Wendung, während Paul das Zimmer verließ, und nachdem er einige Sekunden auf den Schall der sich entfernenden Schritte gehorcht hatte, brach er in ein lautes Gelächter aus.

„Du glaubst zu schlafen und du wirst geschoben!“ spottete er. „Nun habe ich dich, wie der Knabe den Haisfänger hat, wenn er ihn am Zwirnsfaden fliegen läßt. Wo ist Schiller? Nichts von Schiller gehört? Keine Ahnung, wo er sein könnte! Na, wir wissen beide, daß er im Spital liegt, und daß er selbsten hochgehobenen Ehrenwerten Köhling gedroht hat! Der Herr Baron wollte es mir nicht verraten, und was geht da-

taus hervor? Daß er fürchtet, ich könnte den Wiedermeier ausfinden und mich mit ihm verbünden.“

Er brach ab, nebenan wurden Stimmen laut, die seine Aufmerksamkeit erregten.

Er schlich auf den Fußspitzen zur Wand und horchte, jedes Wort konnte er verstehen; es waren die Stimmen der Wärtin und ihrer Schwester, der Wirtin des Hauses.

„Nur eine Flasche Rotwein!“ sagte die Wirtin, „das ist wenig, Du brauchst früher mehr mit, Christine.“

„Warte nur, es wird schon wieder besser werden,“ lautete die Antwort. „Wenn der junge Mensch auf dem Wege der Besserung ist, wird ihm mehr gerecht; ich hab' diesmal keine guten Patienten, nur armes Volk, man müßt und quält sich umsonst.“

„Der junge Mensch, der hier wohnt?“

„Ja, derselbe,“ erwiderte die Wärtin. „Der alte Doktor hält ihn noch immer für guter Leute Kind und gedreht sich den Kopf darüber, wer er wohl sein könnte.“

„Vielleicht könntest Du Auskunft darüber geben.“

„Wieso?“

„Na, das Medaillon —“

„Sei still, Susanne, davon darf nicht geredet werden! Ich lasse keinen Menschen zu ihm, denn wenn er der verurteilte Bräutigam ist, will ich allein meinen Vorteil davon haben, wenn überhaupt was herauszukommen ist. Die Kochspionette auch schon, die Dürnkäuflerin! Aber so schlau, wie ich bin, ist sie noch lange nicht!“

„Wenn der junge Mensch wieder genesen ist, wird er nach dem Medaillon fragen,“ sagte die Wirtin warnend. „Dann fällt der Verdacht auf unser Haus —“

„Laß ihn fallen, wir sagen, wir hätten nichts gefunden. Weich er denn, ob er es noch besser, als er hierher kam? Er war an dem Abend schon krank, er kann's unterwegs verloren haben. Man soll uns Beweise liefern, wir sind ehrliebe Leute, die man nicht ohne weiteres beschuldigen darf!“

„Und was willst Du später mit dem Medaillon beginnen?“ forschte die Wirtin.

„Das weiß ich noch nicht, zuerst will ich sehen, wie der Hase läuft. Wenn der junge Mensch aus dem Spital entlassen ist, wird er natürlich zu uns kommen, um sich nach seinem

Eigentum zu erkundigen, dann nehmen wir beide ihn ins Gedröck, es mühte wunderbar zugehen, wenn wir ihn nicht zum Besten brächten. Und wissen wir, wer und was er ist, dann findet das andere sich von selbst, wir sind schließlich seine besten Freundinnen, und wer weiß, was diese Freundschaft uns einbringen kann!“

„Vielleicht nur Kerger,“ antwortete die Wirtin. „Ich hab' ihn gleich angesehen, daß er nur ein Bagabund ist, das Medaillon kann er gestohlen haben!“

„Na, dann wird er's auch nicht reklamieren! Der übergens eine Krone im Taschentuch gesteckt hat, der ist kein gewöhnlicher Bagabund! Das hat der alte Doktor auch entdeckt, und nun muß der Patient erst recht ein vernünftiger Patient sein.“

„Eine Krone im Taschentuch?“

„Gib' sie mit eigenen Augen gesehen, Susanne!“

„Das Ding kann er auch gestohlen haben!“

„Warum nicht?“ spottete die Wärtin. „Am Ende hat er einen Beinigen totgeschlagen und beraubt! Glauben kann man schließlich alles, und namentlich von Menschen, die arm und abgerissen aus fernem Landen kommen. Ich habe auch über den alten Doktor gelacht, wenn er aus dem Patienten einen vornehmen Herrn machen wollte, aber jetzt bin ich doch nachdenklich geworden. Ich glaub', mein Nachbar nebenan kennt ihn —“

„Gerr Wintrop?“

„Jawohl, der Patient hat diesen Namen oft genannt, und es ist kein gewöhnlicher Name, wie Müller, Weier und Schulze, das wirst Du zugeben.“

„Na, so frage ihn!“

„Dann wird er den Patienten setzen wollen.“

„Rannst ihn ja hinführen!“

„Werd' mich hüten! Dem Nachbar traue ich auch nicht weiter, als ich ihn sehe; er scheint mir mit allen Hunden gebreht zu sein. Sagt, er sei Arzt; mir scheint's, er ist im Träumen durchgefallen, vor solchen Leuten muß man sich hüten.“

„Wohin hatte er vornehmen Besuch!“ warf die Wirtin ein.

„Der war's?“ fragte ihre Schwester neugierig.

„Ein seiner Herr, ich kannte ihn nicht.“